

Jahresbericht 2025/2026

NRW DAS LAND VORANTREIBEN!

unternehmer nrw

Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V.





Business Kreisel auf Schalke



Geschäftsführerkonferenz mit Lorenz Bahr, Staatssekretär im Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration



Workstattgespräch CDU-Fraktion



Wirtschaftsministerin Katherina Reiche bei Kirchhoff Automotive



Preisverleihung des VdK-Inklusionspreises vilma



Podiumsdiskussion in Paderborn zum Wert der Arbeit



Auf dem Panel des Deutschen Arbeitgebertags



Beiratssitzung Fachkräfteagentur International



Veranstaltung zur Lieferketten-Sorgfaltspflicht



Podium auf dem Deutschen Betriebsrätetag in Bonn



Politisches Frühstück in Brüssel



Veranstaltung zur Inklusionsinitiative des Ministeriums für Arbeit und Soziales



Dirk Franke, Oberst Bundeswehr Landeskommando NRW, beim Defense-Dialog-Forum

Fotos: unternehmer nrw, Karsten Rabas, Gräfrath, Kirchhoff Automotive, VdK NRW, BDA, WHKT, MAGS, WHKT

02Vorwort**HÖCHSTE ZEIT,
DEN SCHALTER
UMZULEGEN!****04**NRW-Wirtschaft
auf einen Blick**06**Politik in NRW**STRUKTUR-
REFORMEN FÜR
DEN STANDORT****14**Energie- und
Umweltpolitik**INDUSTRIELLE
WETTBEWERBS-
FÄHIGKEIT SICHERN****16**Wirtschaft und
Infrastruktur**RÜCKGRAT DES
WIRTSCHAFTS-
STANDORTS****18**Bildung und
Schule**BILDUNG ALS
TREIBER FÜR
INNOVATION****20**Ausbildung und
Qualifizierung**GESTALTEN IN
SCHWIERIGEN
ZEITEN****22**Innovation und
Digitalisierung**SO BLEIBT NRW
INNOVATIV****24**Arbeitsmarkt und
Fachkräftesicherung**DAS FACHKRÄFTE-
PARADOX****26**NRW und Europa**EUROPA BRAUCHT
EINEN BEFREI-
UNGSSCHLAG****28**Tarifpolitik**WIE EINGRIFFE
DIE ORDNUNG
VERSCHIEBEN****32**Arbeits- und
Sozialrecht**VIELE HERAUS-
FORDERUNGEN
GLEICHZEITIG****38**unternehmer nrw
in den Medien**KOMMUNIKATION
FÜR DIE
NRW-WIRTSCHAFT****44**Bildungswerk NRW**ZUKUNFTS-
BILDUNG
GEMEINSAM
GESTALTEN****48**unternehmer nrw:
Gut vernetzt**49**Gremien und
Kontakt



Höchste Zeit, den Schalter umzulegen!

Foto: WAZ

Liebe Leserinnen und Leser,

unsere Welt droht mehr und mehr aus den Fugen zu geraten. Frieden, Freiheit, Demokratie, regelbasierter Welthandel – vieles davon ist in Gefahr oder wird immer mehr außer Kraft gesetzt. Hinzu kommt: Zu den mannigfaltigen geopolitischen Umbrüchen gesellt sich die schwerste Krise des Wirtschaftsstandorts Deutschland in der Nachkriegszeit.

Seit 2019 ist die deutsche Wirtschaft real nicht mehr gewachsen. Ein Befund, der für die immer noch drittgrößte Volkswirtschaft der Welt geradezu unerhört ist. Dabei wünschen wir uns ein Land, dessen Wirtschaftsleistung robust zulegt, weil es innovativ, digital und leistungsbereit ist und sich auf eine hochwertige Wertschöpfung ausrichtet.

Von diesem Ziel sind wir derzeit leider weit entfernt. In der deutschen Metall- und Elektroindustrie etwa ist die Produktion seit 2018 um 15 Prozent eingebrochen. Und in der Chemie liegt die Kapazitätsauslastung seit drei Jahren im Schnitt deutlich unter der Rentabilitätsschwelle.

Reformen wurden versäumt – die Folgen spüren wir heute

Andere Bereiche entlang der industriellen Wertschöpfungsketten – insbesondere die energieintensiven – sind gleichzeitig massiv unter Druck geraten. Und wenn wir allein bei uns in NRW seit einiger Zeit Monat für Monat 2.800 Industriearbeitsplätze verlieren, dann hat das unmittelbare Auswirkungen auf Handel, Dienstleistungen und Handwerk.

Diese Lage ist vor allem Ergebnis einer im Aufschwung der andert-halb Jahrzehnte zuvor betriebenen Politik, die – offensichtlich geleitet von einem Gefühl der Unverwundbarkeit – kontinuierliche Reformen versäumt und damit unserem Land die Basis für seine internationale Wettbewerbsfähigkeit entzogen hat. Jetzt ist Deutschland zu teuer, zu langsam, zu verkrustet – durch im weltweiten Vergleich zu hohe Steuern und Abgaben, nicht wettbewerbsfähige Energiepreise und eine überbordende Bürokratie.

Im gegenwärtigen Zustand ist Deutschland nicht zukunftsfest. Wir leiden unter einem Sozialstaat, der uns alle inzwischen überfordert. Ausweis dessen sind Lohnzusatzkosten in schwindelerregenden Höhen, eine Trendwende ist bislang nicht erkennbar.

Die Weltordnung wird neu vermessen

Lange Zeit haben große Teile der Politik einer Sicherheitsmentalität das Wort geredet, die suggerierte, der Staat könne jedem Einzelnen das Lebensrisiko abnehmen. Diese Erwartungshaltung droht uns gerade zu ersticken – und das zu einer Zeit, in der sich das geopolitische Umfeld rasant verändert.

Seit vier Jahren herrscht Krieg in Europa und seit Ende Februar auch im Mittleren Osten mit massiven Folgen für die Weltwirtschaft. Wichtige Volkswirtschaften halten sich nicht mehr an die Handelsregeln, sondern schotten sich mit Zöllen ab. Die Welt zerfällt immer mehr in Einflusszonen, in denen die jeweiligen Großmächte eine brutale Machtpolitik betreiben. Und während die Weltordnung neu vermessen wird, ringen wir in Europa um Orientierung.

Dabei müsste in Brüssel inzwischen allen klar sein, dass unser Kontinent nur aus einer Position der wirtschaftlichen Stärke erfolgreich sein kann. Das Potenzial dazu hat die EU mit ihren 450 Millionen Einwohnern allemal. Doch diese Marktmacht wird ihre Durchschlagskraft nur entfalten können, wenn Europa geschlossen und geeint auftritt.

Gegenwärtig ist da aber noch zu viel Zögerlichkeit und zum Teil sogar Realitätsverweigerung im Spiel. Kernaufgabe einer auf Wachstum ausgerichteten EU-Politik muss doch sein, die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Europa schnellstmöglich nachhaltig zu stärken. „Buy-European“-Vorgaben können und dürfen daher kein industriepolitischer Standard sein. Vielmehr gilt es, verlässliche internationale Partnerschaften auszubauen.

Auch deshalb darf sich so etwas wie das fatale Abstimmungsverhalten zum Mercosur-Abkommen nicht wiederholen. Und die immer noch viel zu ausufernde Brüsseler Bürokratie

braucht – trotz der „Omnibusse“ – dringend ein neues Mindset.

Hier in Deutschland läuft uns langsam die Zeit davon, reformiert wird nur im Schneckentempo. Mit den Vorschlägen für eine Gesundheitsreform liegt jetzt endlich einmal etwas Konkretes auf dem Tisch. Weiteres wird folgen müssen. Ich erwarte, dass die anstehenden steuer- und sozialpolitischen Reformdebatten sachlich geführt werden und nicht jeder Vorschlag reflexartig empört zurückgewiesen wird. Denn das brächte uns nicht wieder nach vorn. Wohl aber Entscheidungen, die etwa das Arbeitsvolumen in unserem Land erhöhen würden: Denn pro Jahr gehen 400.000 Menschen mehr in Rente, als in den Arbeitsmarkt hineinkommen.

Wenn die Politik will, dass Unternehmen in Deutschland investieren, dann muss sie endlich für eine echte Willkommenskultur sorgen. Der Diskurs über eine Erbschaftsteuerreform indes bewirkt das Gegenteil und verschreckt Zehntausende Familienunternehmer in unserem Land. Ausgerechnet sie würden mit höheren Steuern belastet – obwohl gerade diese Betriebe entlastet werden müssen. Auch deshalb wäre für den Mittelstand ein Vorziehen der Körperschaftsteuer rückwirkend auf Anfang 2026 ein so wichtiges Signal.

In der Energiepolitik brauchen wir Tempo

Akuter Handlungsbedarf besteht weiterhin in der Energiepolitik. Die eingeleiteten Maßnahmen zur Kostenentlastung – Industriestrompreis, Strompreiskompensation, die Abschaffung der Gasspeicherumlage oder die Entlastung bei Netzentgelten – dürften zwar unterstützend wirken. Sie sind aber noch nicht an den Werktoeren unserer vielen energieintensiven mittelständischen Betriebe angekommen. Immerhin geht es jetzt nach Jahren sträflicher Verzögerung endlich bei der Kraftwerkstrategie

voran. Die geplanten zehn Gigawatt können allerdings nur ein erster Schritt sein.

Was das Land braucht? Aufbruchsstimmung

In NRW wird im Frühjahr 2027 ein neuer Landtag gewählt. Bereits jetzt in den Wahlkampfmodus zu schalten, wäre deutlich zu früh. Dafür liegt noch zu viel auf dem Schreibtisch, das keinen Aufschub duldet. Beim Bürokratieabbau etwa, wo manches auf den Weg gebracht zu werden scheint, aber noch auf Umsetzung wartet.

Das genaue Gegenteil bewirkt das völlig überflüssige Tarifentgeltssicherungsgesetz. Es ist reine Symbolpolitik zur Unzeit. Mehr Druck auf dem Gaspedal hat endlich die Verkehrspolitik. Ich sage aber deutlich: Wer Wachstum will, der braucht nicht nur Sanierung, sondern auch Ausbau.

Bei alledem: Wir empfinden doch alle, dass Deutschland seit Jahren unter seinen Möglichkeiten bleibt. Dabei könnte es so viel mehr. Machen wir uns bewusst, dass wirtschaftlicher Erfolg nicht vom Himmel fällt, sondern aus Leistung, Mut und festem Willen entsteht. Diesen Schalter müssen wir endlich umlegen – und uns als Land präsentieren, in dem Aufbruchsstimmung herrscht, mit der Menschen zuversichtlich nach vorn schauen und Chancen beim Schopfe packen. Und mit einem Staat, der sich auf ein Mindestmaß an Regulierung beschränkt, vor allem aber auf Eigenverantwortung und Unternehmertum setzt. Das muss doch der Anspruch an uns selbst sein: Wir haben es in unserer Hand!

Mit einem herzlichen Glückauf Ihr



Arndt G. Kirchhoff
Präsident

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (2024)

872 MRD. EURO NRW ↗

4.305 MRD. EURO D ↗



Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder



Auszubildende (2024)

271.941 NRW ↘

1.337.004 D ↗

Quelle: Statistisches Bundesamt



Beschäftigungsquote Frauen
15 bis 65 Jahre (2025)

57,6 % NRW ↗

57,1 % D ↘

Quelle: Bundesagentur für Arbeit



Schnelles Internet (2025)

69,2 % NRW ↘

69,7 % D ↗

Anteil der Gewerbegebiete mit Anschlüssen von mind. 400 MBit/s; Quelle: Breitbandatlas BMDV



Studierende an Hochschulen (2025/26)

715.209 NRW ↗

2.876.938 D ↗

Wintersemester
Quelle: Statistisches Bundesamt

Die wichtigsten Güter nach Wert
der zum Absatz bestimmten Produktion (2024)



Roheisen, Stahl und
Ferrolegierungen:

**15,5 MRD. EURO
NRW** ↘

32,7 MRD. EURO
D ↘

Mineralölerzeugnisse:

**10,8 MRD. EURO
NRW** ↘

30,8 MRD. EURO
D ↘

Sonstige organische
Grundstoffe & Chemikalien:

**10,7 MRD. EURO
NRW** ↘

23,8 MRD. EURO
D ↗

Quellen: IT.NRW, Statistisches Bundesamt

→ Veränderung ggü. Vorjahr

Die wichtigsten Zielländer für NRW-Produkte (2025)

NIEDERLANDE
26,0 MRD. EURO (-1,6%)

FRANKREICH
17,7 MRD. EURO (-9,1%)

USA
15,5 MRD. EURO (-1,3%)

Angaben in Klammern: Veränderung ggü. Vorjahr
Quelle: IT.NRW



Arbeitslosenquote (2025)

7,8 % NRW ↗

6,3 % D ↗

Quelle: Bundesagentur für Arbeit



Patentanmeldungen pro 100.000 Einwohner (2025)

32 NRW ↗

51 D ↗

Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt



Existenzgründungen (2024)

70,9 NRW ↗

70,0 D ↗

je 10.000 Erwerbepersonen
Quelle: IfM



Staukilometer (2025)

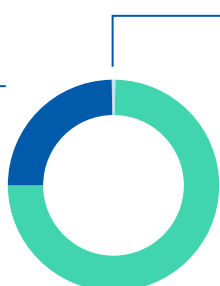
280.000 NRW ↗

866.000 D ↗

Quelle: ADAC-Staubilanz

Anteil an der Bruttowertschöpfung nach Sektoren (2025)

INDUSTRIE*
24,8 % NRW **27,8 % D**



LANDWIRTSCHAFT
0,7 % NRW **1,0 % D**

DIENSTLEISTUNGEN
74,5 % NRW **71,2 % D**

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder
* einschließlich Baugewerbe.



Strukturreformen für den Standort

- > Land: Endspurt erforderlich
- > Bund: Strukturdefizite angehen
- > Europa: Wettbewerbsfähigkeit stärken



Foto: Land NRW,
Marius Becker

NRW-Unternehmerpräsident Arndt G. Kirchhoff und NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst im Gespräch, Juli 2025.

Politik ist auf allen Ebenen gefordert. Angesichts der schwersten Wirtschaftskrise der Bundesrepublik darf sie keine Zeit mehr verlieren, um endlich tiefgreifende Strukturreformen auf den Weg zu bringen. Nur so können wir unsere Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnen und kommen wieder auf Wachstumskurs.

Land: Auf geht's in den Endspurt!

Zwar hat sich der Blick im Jahr 2025 durch die Bundestagswahl und den Start der neuen Bundesregierung stark auf Berlin konzentriert. Doch bleibt die Notwendigkeit, auf Landesebene zu handeln: Das Land kann und muss einen eigenen Beitrag leisten, den Wirtschaftsstandort wieder flottzumachen. Diese Botschaft hat die Landesvereinigung

kontinuierlich gesetzt, medial und in vielen Dialogen mit der Politik.

Auch die im Frühjahr 2027 anstehende Landtagswahl in NRW darf nicht dazu führen, sich zurückzulehnen oder schon in den Wahlkampfmodus zu schalten. Dafür hat die Politik zu viele dringende Aufgaben zu erledigen. Dies war auch die klare Botschaft von unternehmer nrw im Aschermittwochs-Pressegespräch im Februar 2026.

Insgesamt stimmt aus Sicht von unternehmer nrw die Richtung in der Landespolitik. In wichtigen Handlungsfeldern bewegt sich etwas. Allerdings braucht es an vielen Stellen mehr Zug zum Tor. Und Eigentore – das heißt neue Belastungen für Betriebe – müssen unbedingt unterbleiben.

Beim Bürokratieabbau bewegt sich was

Beim Bürokratieabbau wird nach einer langen Zeit vieler Bekundungen endlich einiges umgesetzt. Die auf den Weg gebrachten Vereinfachungen im Planungsrecht, bei der Bauordnung, beim Landesnaturschutzgesetz und im Straßen- und Wegerecht stimmen zuversichtlich. unternehmer nrw hat immer wieder auf die Handlungsnotwendigkeiten hingewiesen und konkrete Vorschläge eingebracht. Gut, dass sich jetzt etwas bewegt! Dies sollte Motivation sein, weitere Schritte zu gehen. Es liegen noch viele Vorschläge von unternehmer nrw auf dem Tisch, die spürbare Entlastungen bringen würden.

Weniger Belastungen, weniger Bürokratie – dem widerspricht ganz klar

das Landesvorhaben für ein Tarifentgeltssicherungsgesetz. unternehmer nrw begleitet dieses Vorhaben sehr intensiv. Die Landesvereinigung hat im Januar 2026 eine kritische Stellungnahme zum ersten Gesetzentwurf der Landesregierung vorgelegt. Auch wenn dessen Ausgestaltung im Vergleich zu dem, was in Berlin zum Thema Tarifreue beschlossen wurde, weniger ausufernd ist, gilt: Das Vorhaben ist bürokratische Symbolpolitik zur Unzeit!

Das Sondervermögen muss komplett in die Infrastruktur gehen

In der NRW-Verkehrspolitik ist langsam Besserung in Sicht. Funktionale Ausschreibungen und mehr Expressbauweisen bei Brücken sind richtige Schritte, um schneller zu sanieren. Immer wieder von unternehmer nrw kritisch adressiert wird der noch geltende Leitsatz „Erhalt vor Ausbau“. Denn wer Wachstum will, braucht beides. Vor diesem Hintergrund begrüßt unternehmer nrw, dass die Landesregierung die dem Land zugewiesenen Mittel des Sondervermögens komplett zusätzlich in die Infrastruktur investieren und nicht für Konsumausgaben zweckentfremden will.

unternehmer nrw im Dialog mit Politik

Zahlreiche Vertreter der Landesregierung waren im Vorstand von unternehmer nrw zu Gast. Diskutiert wurden die Schritte, die es braucht, um den Standort wieder nach vorne zu bringen. So im September 2025 mit Oliver Krischer, Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr: Darin wurde die große Bedeutung einer modernen Verkehrsinfrastruktur und schnellerer Planungs- und Genehmigungsverfahren hervorgehoben.

Mit Ina Brandes, Ministerin für Wissenschaft und Kultur, lag der Fokus im November 2025 auf der starken

Innovationslandschaft in NRW und wie deren PS noch stärker auf die Straße gebracht werden können. Mit Dr. Markus Optendrenk, Minister der Finanzen, wurde im Januar 2026 über die Umsetzung des Sondervermögens in NRW gesprochen. Und im Industriepolitischen Spitzengespräch im Dezember 2025 wurde mit Nathanael Liminski, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, darüber diskutiert, wofür sich das Land im Bund einsetzen muss, damit NRW ein starker Industriestandort bleibt.

Auch mit den Parteien ist der Austausch intensiv. So war im Januar 2026 Jochen Ott, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, im Vorstand von unternehmer nrw zu Gast. Schwerpunkt des Austausches waren die Themen Industrie und Sozialpolitik. Im März 2026 diskutierte der Vorstand mit Thorsten Schick, dem Vorsitzenden der CDU-Land-

tagsfraktion. Hier ging es um die Schwerpunkte für die noch laufende Legislaturperiode. Das Präsidium von unternehmer nrw sprach im Januar 2026 mit Yazgüü Zeybek, Vorsitzende der GRÜNEN NRW. Hauptthemen waren Transformation, Energie, Bürokratieabbau und Fachkräfte.

In den Geschäftsführerkonferenzen von unternehmer nrw findet ebenfalls regelmäßig ein Austausch mit der Politik statt. Zu Gast waren Familien- und Integrationsstaatssekretär Lorenz Bahr, Finanzstaatssekretär Dr. Dirk Günnewig sowie Wirtschafts-Staatssekretärin Silke Krebs. Ebenfalls im Gespräch waren die Geschäftsführer mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion, Marcel Hafke. Hinzu kam ein Austausch mit dem NRW-Mitglied in der Kommission zur Sozialstaatsreform, Markus Leßmann (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales).



Präsident Kirchhoff mit NRW-CEOs und Ministerpräsident Wüst in Brüssel: Richtungsänderung gefordert.

Am 2. Juli 2025 begrüßte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Vertreter führender NRW-Konzerne und den Präsidenten von unternehmer nrw, Arndt Kirchhoff, in Brüssel. Initiiert wurde das Treffen von NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst. Dabei machte Kirchhoff deutlich, dass sich die EU vom „jahrelangen Verzetteln im Klein-Klein“ verabschieden müsse. Stattdessen brauche es ein Mindset, das die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts in den Mittelpunkt stelle, auf Vertrauen statt Regulierung setze und die Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovationen verbessere.

unternehmer nrw nimmt Stellung

unternehmer nrw bringt die Position der nordrhein-westfälischen Wirtschaft in die vielen Initiativen und Gremien des Landes ein.

Schwerpunkt bleiben Themen wie Industriestandort, Bürokratieabbau, Digitalisierung, Infrastruktur und Fachkräftesicherung. Hier heißt es vielfach „dranbleiben“ und „einen langen Atem“ haben. Es gilt immer wieder deutlich zu machen, wie dringend erforderlich konsequentes Handeln und eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Betriebe hierzulande ist. Gleichzeitig bringt sich die Landesvereinigung auch bei neuen Themen und Formaten ein. Ein Beispiel ist der RoundTable Defense des Wirtschaftsministeriums.

Auch im Rahmen von Verbändeanhörungen der Landesregierung und bei Landtagsanhörungen nimmt unternehmer nrw Stellung. Das Themenspektrum ist sehr vielfältig: Tarifentgeltensicherungsgesetz, Arbeitsgerichtsreform, Landesnaturschutzgesetz, Landesplanungsgesetz, Straßen- und Wegegesetz, Hochschulstärkungsgesetz, ABC-Klassen, Ladenöffnungsgesetz – um nur einige zu nennen.

Und auch jenseits des politischen Dialogs im engeren Sinne bezieht unternehmer nrw Stellung. Dazu gehörte eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Büro der Evangelischen

Kirche NRW im Februar 2026 zum Thema „In die Zukunft führen“. Beim Deutschen Betriebsrätetag hat unternehmer nrw-Hauptgeschäftsführer Johannes Pöttering unter anderem mit der DGB-Vorsitzenden Yasmin Fahimi über die Zukunft des Sozialstaats diskutiert.

Bund: Mut zu Strukturenreformen!

Zum Start der Bundesregierung im Frühjahr 2025 hat unternehmer nrw klar gefordert, die großen strukturellen Probleme schnell und beherzt anzugehen. Im Blick dabei: die Handlungsfelder Energie, Bürokratie, Steuern, Bürgergeld, Sozialversicherungen und Arbeitsrecht. Und diese Forderung nach Strukturreformen hat auch weiterhin Bestand. Denn zwar hat die Bundesregierung einzelne richtige Maßnahmen wie etwa den Investitionsbooster umgesetzt. Es fehlt aber ein umfassender Ansatz, der die Strukturdefizite in Deutschland angeht.

Schon im September 2025 war die Botschaft von unternehmer nrw daher gegenüber der Politik sehr klar: Die Rahmenbedingungen stimmen nicht, es braucht einen „Herbst der Reformen“. Noch einmal bekräftigt wurde die Forderung im Jahreswechsel-Interview des Präsidenten mit der „Westfalenpost“: Die Unternehmen brauchen dringend Entlastungen, die auch bei ihnen ankommen – keine weiteren Ankündigungen. Und auch im Aschermittwochs-Pressesgespräch im Februar 2026 hat die Landesvereini-

gung nachdrücklich den politischen Mut von allen politischen Ebenen eingefordert.

Ein Schwerpunkt bei den bundespolitischen Forderungen von unternehmer nrw lag in der Sozialpolitik. Hier ist der Handlungsdruck angesichts stark steigender Lohnzusatzkosten enorm groß. Präsident und Hauptgeschäftsführer pochten in verschiedenen Beiträgen auf mutige Reformen, ohne die der Sozialstaat nicht mehr zukunftsfähig sein wird. Statt eines Klein-Kleins und Leistungsausweitungen braucht es einen großen Wurf über alle Zweige der Sozialversicherung hinweg, der das System demografiefest macht und die Beitragszahler nicht weiter belastet.

Brüssel: Impulse aus NRW gesetzt

Europäische Politik ist entscheidend für das Wohl des Wirtschaftsstandorts NRW. Dafür muss sie klar auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet sein.

Wichtig war der Europapolitische Impuls aus NRW in Brüssel am 2. Juli 2025. Unter der Leitung von NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst sprachen elf Vorstandsvorsitzende von nordrhein-westfälischen Unternehmen sowie unternehmer nrw-Präsident Kirchhoff mit Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Sie übergaben ein Impuls-Papier mit den dringendsten Handlungsnotwendigkeiten zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU.



Fotos: Meyer

Zu Gast in der Mitgliederversammlung 2025: Die stellvertretende NRW-Ministerpräsidentin Mona Neubaur.

Um Politik und Wirtschaft in Brüssel intensiver zu vernetzen, hat unternehmer nrw das Netzwerk „NRWirtschaft Brüssel“ gegründet. Ziel ist der stärkere Austausch der Vertretungen von NRW-Unternehmen in Brüssel untereinander und mit der Politik. Das Auftakttreffen des Netzwerks fand im Oktober 2025 statt, der erste Business-Lunch mit dem Leiter der Landesvertretung NRW in Brüssel, Rainer Steffens, im Januar 2026.

Weichenstellungen für die Kommunen

Politische Weichen hin zu Wachstum, Beschäftigung und Innovation werden auch in den Kommunen gestellt. Daher hat sich unternehmer nrw intensiv in die wirtschaftspolitische Debatte zu den Kommunalwahlen NRW im September 2025 eingebracht.

Am 16. Juni 2025 hat die Landesvereinigung in der Landespressekonferenz ihre wirtschaftspolitische Agenda „Wirtschaft.Standort.Kommunen“ vorgestellt. Sie umfasst zwölf Punkte, die für eine starke Wirtschaft in starken Kommunen besonders wichtig sind. Zentrale Bereiche sind etwa Steuern, Verwaltung, Verkehr, Wohnen oder Kitas.

Ebenfalls in der Landespressekonferenz vorgestellt wurde das von IW Consult im Auftrag von unternehmer nrw erstellte Kommunalranking. Darin werden die 396 Kommunen in NRW im Hinblick auf Stärken, gute Entwicklungen und Handlungsnotwendigkeiten verglichen. Es zeigt sich, dass kluges kommunales Handeln tatsächlich etwas bewirken kann.

Verteidigungsfähigkeit braucht starke Wirtschaft

Angesichts zunehmender internationaler Spannungen stärkt Deutschland seine Verteidigungsfähigkeit. unternehmer nrw begrüßt dies und bringt sich in verschiedenen Initiativen des Landes ein, etwa den Round Table Defense im Wirtschaftsministerium.

Im November 2025 war der Kommandeur des Landeskommandos NRW der Bundeswehr, Brigadegeneral Hans-Dieter Müller, zu Gast im Vorstand. Er gab Einblicke in die aktuelle Sicherheitslage und warb für eine Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Wirtschaft.

Im März 2026 veranstaltete unternehmer nrw ein erstes Dialogforum zum Thema Defense. Im Mittelpunkt standen die Aktivitäten des Landes NRW zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit, ein Überblick über das Beschaffungswesen der Bundeswehr und die Sicherheitslage.

Unsere Gremien im Gespräch mit...



Vorstandssitzung mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Thorsten Schick



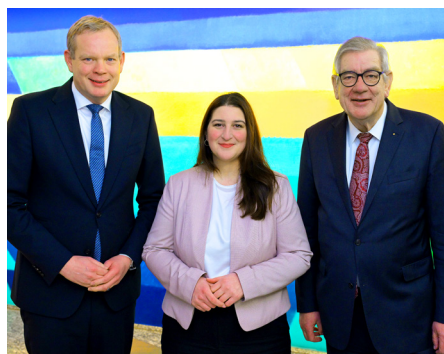
Vorstandssitzung mit Brigadegeneral Hans-Dieter Müller



Vorstandssitzung mit Umwelt- und Verkehrsminister Oliver Krischer



Vorstandssitzung mit Wissenschaftsministerin Ina Brandes



Präsidiumssitzung mit Yazgülü Zeybeck, Landesvorsitzende der GRÜNEN NRW



Vorstandssitzung mit Jochen Ott, SPD-Fraktionsvorsitzender und Spitzenkandidat zur Landtagswahl 2027

Fotos: unternehmer nrw

Im Dialog mit der Landespolitik

Beteiligung von Unternehmer NRW an Sachverständigen-Anhörungen im Landtag

→ Anhörung der Enquetekommission III „Wasser in Zeiten der Klimakrise“ (EK Wasser) am 12. Mai 2025 zum Thema Industrie, Gewerbe und Handwerk, 12.05.25

→ Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der FDP „Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (Ladenöffnungsgesetz – LÖG NRW)“ (Drucksache 18/13675), 10.09.25

→ Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 2. Dezember 2025 zum Antrag der Fraktion der SPD „NRW muss funktionieren – die Chemieregion Europas stärken, Standortbedingungen verbessern, Wohlstand der Zukunft schaffen“ (Drucksache 18/15581), 02.12.25

→ Anhörung des Ausschusses für Schule und Bildung am 9. Dezember 2025 zu Mehrsprachigkeit an Schulen stärken – eine Chance für die Gesellschaft und die persönliche Entwicklung – Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 18/14522

sowie

Ohne Deutsch keine Chancengerechtigkeit – Bildungsqualität statt Ausweitung von Mehrsprachigkeit – Entschließungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/15696, 04.12.25

→ Anhörung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 15. Dezember 2025 zum Antrag der Fraktion der SPD „Kreislaufwirtschaft in NRW voranbringen“ (Drucksache 18/11604), 15.12.25

→ Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 14. Januar 2026 – NRW muss funktionieren: Zeit für echte Inklusion auf dem Arbeitsmarkt – Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/15584

und

Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderungen zukunftsfähig und inklusiv aufstellen – Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, Drucksache 18/16924, 07.01.26

→ Anhörung des Rechtsausschusses am 21. Januar 2026 „Beteiligungsprozess zur Arbeitsgerichtsbarkeit der Zukunft in Nordrhein-Westfalen“, 07.01.26

→ Schriftliche Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie zu dem Thema „NRW muss funktionieren – Wirtschaftsstandort NRW und deinen Arbeitsplatz sichern“, (Drucksache 18/15579), 07.01.26

→ Schriftliche Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie – „Siebtes Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes“, (Drucksache 18/16518 und Drucksache 18/16930), 30.01.26

→ Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales und des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen am 22. April 2026, NRW muss funktionieren: Echte Vereinbarkeit von Familie und Beruf bis 2030 möglich machen – Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 18/15587, 15.04.26

Stellungnahmen von Unternehmer NRW in Anhörungsverfahren der Landesregierung

→ Verbändeanhörung zum „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen“ (Kommunalvorschriften Änderungsgesetz NRW), 31.03.25

→ Entwurf der 3. Änderung des Landesentwicklungsplans NRW Beteiligungsverfahren nach §§ 9 Abs. 2 ROG i. V. m 13 LPIG NRW, 27.06.25

→ Verbändebeteiligung gemäß § 77 SchulG Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Distanzunterrichtsverordnung, 02.09.25

→ Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Gesetzes zur Modernisierung des Brandschutzes, der Hilfeleistung und des Katastrophenschutzes, 05.09.25

→ Beteiligungsprozess zur Strukturreform in der nordrhein-westfälischen Arbeitsgerichtsbarkeit, 30.09.25 und 11.12.25

→ Verbändeanhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung von Tarifentgelten bei öffentlichen Vergaben in Nordrhein-Westfalen (Tarifentgeltsicherungsgesetz – TESG), 19.01.26

→ Verbändeanhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Entlastung und Beschleunigung des Vollzugs des Naturschutzrechts und anderer Vorschriften (LNatSchG), 30.01.26

→ Verbändeanhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Einführung schulischer Vorkurse zur Förderung der Sprachkompetenz (18. Schulrechtsänderungsgesetz), 04.02.26

Beteiligung von Unternehmer NRW an Clearingverfahren und Stellungnahmen gegenüber der Clearingstelle Mittelstand

→ CV zum Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien 2006/43/EG, 2013/34/EU, (EU) 2022/2464 und (EU) 2024/1760 im Hinblick auf bestimmte Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung und die Sorgfaltspflichten von Unternehmen, 23.04.25

→ CV zum Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabebesleunigungsgesetz), 26.08.25

→ CV zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie durch die Sicherung von Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes (Tariftreuegesetz), 27.08.25

→ CV zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes – Entlastung der Unternehmen durch anwendungs- und vollzugsfreundliche Umsetzung, 15.09.25

→ CV zum Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen in der durch die Richtlinie (EU) 2025/794 geänderten Fassung, 15.09.25

→ CV zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und anderer Gesetze, 01.10.25

→ CV zum Entwurf einer nordrhein-westfälischen Verordnung über die Ausführung von Schornsteinfegerarbeiten, 23.10.25

→ CV zum Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung von Tarifentgelten bei öffentlichen Vergaben in Nordrhein-Westfalen (Tarifentgeltsicherungsgesetz – TESG), 19.01.26

→ CV zum Entwurf eines Gesetzes zur Entlastung und Beschleunigung des Vollzugs des Naturschutzrechts und anderer Vorschriften (LNatSchG), 30.01.26

Stellungnahme von Unternehmer NRW in Regionalplanänderungsverfahren der Bezirksregierungen und des Regionalverbandes Ruhr

→ Bezirksregierung Köln: Aufstellungsverfahren des Braunkohlenplans Garzweiler II für das aufgrund des vereinbarten Kohleausstiegs geänderte Tagebauvorhaben Garzweiler II einschließlich der im Bereich Frimmersdorf erfolgten Anpassungen, 15.01.26

Mitgliedschaften und Mitarbeit in Gremien und Initiativen des Landes Nordrhein-Westfalen

Arbeitsmarkt und Fachkräftesicherung

- Begleitgremium zum Teilhabechancengesetz
- Begleitausschuss ESF NRW 2021 - 2027
- Fachbeirat „Arbeit und Qualifizierung“
- Begleitgremium zur Fachkräfteoffensive NRW
- AG „Fachkräftepotentiale heben - Erwerbstätigkeit von Frauen in NRW verbessern“
- Steuerungskreis Inklusionsinitiative und verschiedene Arbeitsgruppen
- Beirat Fachkräfteagentur International (FAI)
- AG Beschäftigungsübergänge

Sozialpolitik

- Inklusionsbeirat des Landes Nordrhein-Westfalen
- Expertenkreis Teilhabebericht NRW
- Jury des Inklusionspreises des Landes NRW
- Landesausschuss für Jugendarbeitsschutz
- Fachkonferenz Sozialberichterstattung NRW

Integrationspolitik

- Beirat für Teilhabe und Integration des Landes NRW
- Fachbeirat Partizipation (LBPP)

Tarifpolitik

- Tarifausschuss für das Land Nordrhein-Westfalen

Strukturpolitik

- Begleitausschuss EFRE.NRW/ JTF.NRW 2021–2027
- Strukturstärkungsrat des 5-StandorteProgramms

Digitalisierung

- Spitzengespräch Cybersicherheit in der Wirtschaft
- AG Weiterentwicklung Wirtschaftsservice-Portal.NRW
- Begleitkreis Digitalisierung immisionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren

Mittelstandspolitik

- Mittelstandsbeirat der Landesregierung
- Clearingstelle Mittelstand

Justiz

- Beratender Ausschuss für die Ernennung der Berufsrichter gemäß § 11 des Sozialgerichtsgesetzes (SGG)
- Beratender Ausschuss für die Ernennung der Vorsitzenden gemäß § 18 Abs. 2 Arbeitsgerichtsgesetz

Europa

- NRW.Europa – Stakeholdernetzwerk Enterprise Europe Network in NRW
- Arbeitskreis „Frühwarnsystem Europa“ des MWIKE

Außenwirtschaft

- Beirat Außenwirtschaft

Gesundheit

- Landesgesundheitskonferenz NRW
- Vorbereitender Ausschuss der Landesgesundheitskonferenz
- Begleitgremium „Gemeinsam für Umwelt und Gesundheit in NRW“

Datenschutz

- Landesdatenschutzkonferenz NRW

Energie- und Klimapolitik

- Beirat Klimaanpassung NRW
- Energiedialog NRW

Industriepolitik

- Zukunftsdialog Industrie
- Industriepakt für Klimaneutralität und Wettbewerbsfähigkeit
- Board für Entlastung und Beschleunigung

Umweltpolitik

- TEAM Nachhaltigkeit des Wuppertal Instituts
- Kompetenznetzwerk Umweltwirtschaft.NRW
- Landesbeirat „Immissionsschutz“

- Dialogreihe Zielkonflikte in innerstädtischen Quartieren aus Sicht des Immissionsschutzes
- Förderbeirat Zukunftsfähige und nachhaltige Abwasserbeseitigung NRW – ZunA
- Jury Bodenschutzpreis des AAV
- Arbeitskreis Offenlegung von Antragsunterlagen im Internet
- NRW-Nachhaltigkeitsbeirat
- Begleitgremium Gemeinsam für Umwelt und Gesundheit in NRW
- Runder Tisch Zirkuläre Wertschöpfung
- Trägerkreis Allianz für die Fläche

Bildung/Ausbildung/ Weiterbildung

- Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen
- Steuerungsgremium „Kein Abschluss ohne Anschluss (KAoA)“
- Landesausschuss für Berufsbildung des Landes Nordrhein-Westfalen
- Landesbeirat für die gemeinwohlorientierte Weiterbildung (Landesweiterbildungsbeirat)
- Arbeitskreis Weiterbildungsorganisationen des MAGS
- Gesprächskreis für Landesorganisationen der Weiterbildung

Forschung und Innovation

- Förderbeirat „Ressourceneffiziente Abwasserbeseitigung NRW-ResA“
- Expertenkreis Kompetenzzentrum NRW.innovativ
- NRW Innovation talk
- Expertenrat Innovationsstärkung Mittelstand

Verkehr

- Bündnis für Mobilität „Fokusgruppe Infrastruktur“

Sicherheit und Verteidigung

- Round Table „Defence“

Bürokratieabbau

- Board für Entlastung und Beschleunigung





Fotos: Ralph Sondermann



Industrielle Wettbewerbsfähigkeit sichern

- > **Energiekosten senken**
- > **Kreislaufwirtschaft gewinnt an Bedeutung**
- > **Tempo beim Bürokratieabbau gefordert**



Foto: F. Meyer

Industriepolitiches Spitzengespräch mit dem Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei, Nathanael Liminski, Dezember 2025

Grundvoraussetzung für die Sicherung unserer industriellen Basis ist eine spürbare und nachhaltige Senkung der Energiekosten. Die von der Bundesregierung beschlossene Absenkung der Netzentgelte und vor allem die Einführung des Industriestrompreises sind richtig und überfällig, greifen aber deutlich zu kurz. Weder das bestehende Beihilferecht noch die bis 2028 geplanten 3,1 Milliarden Euro reichen aus, um die Industrie im erforderlichen Umfang zu entlasten.

Aus NRW heraus braucht es mit Blick auf Bund und Europa weiterhin den entschlossenen Einsatz für dauerhaft wettbewerbsfähige Netzentgelte, eine Ausweitung der Strompreiskompensation sowie einen praxistauglichen EU-Beihilferahmen, damit notwendige weitergehende Entlas-

tungen möglich werden und hemmende Investitionsauflagen entfallen.

Mit der lange überfälligen Kraftwerksstrategie hat die Bundesregierung Eckpunkte vorgelegt; die tatsächlichen Ausschreibungen der wasserstofffähigen Back-up-Gaskraftwerke stehen jedoch weiterhin aus. Die angekündigten zehn Gigawatt können dabei nur ein erster Schritt sein. Im Land müssen Planung, Genehmigung und Bau der wasserstofffähigen Back-up-Gaskraftwerke in nie gekanntem Tempo umgesetzt werden. Das Land muss dabei – wo immer möglich – bei den Planungen in Vorleistung gehen und darf nicht warten, bis der Bund alle noch offenen Fragen geklärt hat. Andernfalls wird das selbst gesetzte Ziel des Braunkohleausstiegs 2030 nicht erreicht werden.

Beim Ausbau der erneuerbaren Energien ist die schwarz-grüne Landesregierung sowohl raumplanerisch als auch durch die Beschleunigung der spezifischen Planungs- und Genehmigungsverfahren ihren engagierten Weg weiter vorangeschritten. NRW nimmt erfreulicherweise eine Spitzenposition beim Ausbau der Windenergie ein. Mit den anstehenden Novellen zum Klimaschutzgesetz sowie zum Klimaanpassungsgesetz stehen weitere relevante Wegmarken an.

Kreislaufmodelle müssen praxisnah sein

Die Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft gewinnt für die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen weiter an strategischer Bedeutung. Steigende Rohstoffkosten, internationale Ab-

hängigkeiten und ambitionierte Nachhaltigkeitsanforderungen zeigen klar: Wer Stoffkreisläufe schließt, stärkt seine Widerstandsfähigkeit – und leistet zugleich einen maßgeblichen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit des Industriestandorts. Unternehmer NRW hat in intensiven Gesprächen mit Politik und Verwaltung immer wieder betont, dass moderne Kreislaufmodelle nur dann ihre Wirkung entfalten, wenn die rechtlichen Rahmenbedingungen praxisnah, technologieoffen und innovationsfreundlich gestaltet werden.

Bürokratieabbau: Erste Maßnahmen angestoßen

Das beharrliche Einwirken von Unternehmer NRW auf die politischen Entscheidungsträger zeigt Wirkung: In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche konkrete Vorschläge aus der Wirtschaft zum Abbau unnötiger Bürokratie und zur Beschleunigung von Verfahren vorgelegt. Die Landesregierung hat inzwischen erste umweltrechtliche Maßnahmen angekündigt und angestoßen.

In der betrieblichen Realität ist jedoch klar: Ankündigungen allein bringen keine Entlastung. Unternehmen brauchen schnelle, verlässliche und entschlossene Entscheidungen. Investitionen, Innovationen und Arbeitsplätze hängen davon ab, dass Verfahren tatsächlich vereinfacht und spürbar beschleunigt werden. Fortschritt entsteht nicht durch erneute Problembeschreibungen, sondern durch belastbare Lösungen, die konsequent umgesetzt werden.

Digitale Abläufe sind unverzichtbar

Genehmigungsverfahren dürfen nicht zum Bremsklotz der Transformation werden. Gerade im Immissionschutz zeigt sich, dass steigende Antragszahlen und komplexere Anforderungen bestehende Strukturen überfordern. Ohne moderne digitale Abläufe, automatisierte Prüfschritte und effiziente Verfahrensstrukturen

droht das System an seinen eigenen Anforderungen zu scheitern. Wirtschaft und Industrie stehen hierzu in engem Austausch mit Politik und Vollzug – mit einem klaren Ziel: Es braucht endlich Entscheidungen, die Unternehmen mit intelligent gestalteter Digitalisierung spürbar entlas-

ten und zugleich den Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen gewährleisten. Nur mit digitalen und effizient organisierten Verfahren können Unternehmen und Verwaltung die notwendige Geschwindigkeit für Investitionen und Transformation erreichen.

3 FRAGEN ZUR SACHE

„Naturschutzrecht im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit novellieren“

Alexander Schüller

Geschäftsführer Wirtschafts- und Umweltrecht



Foto: unrw

Warum braucht es eine Novelle des Landesnaturschutzgesetzes?

Weil Unternehmen und Behörden gleichermaßen schnelle, planbare und digitale Verfahren brauchen. Mit den derzeitigen Regelungen werden Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich verzögert und Investitionen behindert. NRW-spezifische Sonderregelungen schwächen unsere Wettbewerbsfähigkeit und benachteiligen Unternehmen im Vergleich zu anderen Bundesländern. Konkret geht es etwa um die Streichung von Beteiligungs- und Klagerechten der Naturschutzvereinigungen, die weder europä- noch bundesrechtlich erforderlich sind. Zudem müssen die Regelungen zum Flächenausgleich und zu Vorkaufsrechten sach- und praxisgerecht angepasst werden.

Was fordern Sie von der Landesregierung?

Die Landesregierung hat bereits im November 2024 Vereinfachungen im Landesnaturschutzgesetz angekündigt. Wir erwarten, dass sie Wort hält und sehr zeitnah einen Gesetzentwurf in den Landtag einbringt. Entscheidend ist, dass dabei wirksame Maßnahmen umgesetzt werden, die sowohl Unternehmen als auch Behörden spürbar entlasten. Ziel muss es sein, Genehmigungsprozesse deutlich zu beschleunigen, Wettbewerbsnachteile abzubauen und die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts zu stärken.

Wie geht es nun weiter?

Die laufende Legislaturperiode neigt sich dem Ende. Die Landesregierung muss die verbleibende Zeit nutzen, um die angekündigten Vereinfachungen umzusetzen. Klar ist: Wir werden uns weiterhin konstruktiv und mit konkreten Vorschlägen aus der Wirtschaft für den Abbau überflüssiger Regulierung und die Beschleunigung von Verfahren auf allen Ebenen einsetzen. Wir müssen auch hier im Land noch mehr Tempo beim Bürokratieabbau machen.



Rückgrat des Wirtschaftsstandorts

- > NRW-Industrie steckt in der Krise
- > Klare industriepolitische Maßnahmen nötig
- > Sondervermögen Infrastruktur auf die Straße bringen



Foto: MWIKE NRW, A. Bowinkelmann

Zukunftsdialo g Industrie, Mai 2025

In Nordrhein-Westfalen schlägt das industrielle Herz Deutschlands – doch dieses Herz ist über die letzten Jahre deutlich aus dem Takt geraten. Ausgehend von den energieintensiven Grundstoffindustrien bestimmen Arbeitsplatzabbau, Produktionsverlagerungen und Werkschließungen vielerorts die Realität entlang der industriellen Wertschöpfungsketten. Die Auslastung zentraler Branchen liegt weit unter dem rentablen Niveau, die Produktion in der Metall- und Elektroindustrie ist seit Jahren rückläufig. Monat für Monat gehen Tausende gut bezahlte Industriearbeitsplätze verloren.

Unternehmensinsolvenzen auf Rekordniveau und anhaltend schwache Wachstumsperspektiven markieren die längste wirtschaftliche Schwächephase in der Geschichte der Bundes-

republik. In NRW ist das Produktionsniveau bis jetzt niedriger als im Jahr 2019. Die größte Gefahr liegt aber nicht in dieser Krise selbst, sondern in der Illusion, ein politisches „Weiter so“ sei möglich. Die zurückliegenden Monate haben unmissverständlich gezeigt, dass Deutschland und Nordrhein-Westfalen als Wirtschafts- und Industriestandort keine Zeit mehr zu verlieren haben.

Industriepolitisches Leitbild umsetzen

Der Weg aus dieser strukturellen Krise gelingt nur, wenn auf allen politischen Ebenen die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit wieder unverrückbar in den Mittelpunkt des politischen Handelns rückt. Mut zur Entscheidung, klare Prioritäten und Tempo in der Umsetzung sind jetzt

unabdingbar. NRW kann und muss hier selbst wirksam werden: durch konsequente Entbürokratisierung, verlässliche Rahmenbedingungen und ein wirtschaftspolitisches Mindset, das unternehmerische Freiheit, Technologieoffenheit und Innovationskraft stärkt. Dabei werden die maßgeblichen Weichen für unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit im Bund und in Europa gestellt. Als größtes Bundesland im Herzen Westeuropas müssen wir dort unsere Stimme unüberhörbar einbringen.

Die Qualität des Industriepolitischen Leitbilds entscheidet sich für die Unternehmen in NRW einzig und allein an der konsequenten Umsetzung der gemeinsam erarbeiteten Inhalte. Es darf nicht bei wohlformulierten Strategien stehen bleiben. Wichtig ist, dass das Leitbild von der gesamten

Landesregierung als ressortübergreifender Masterplan gelebt wird – mit klar definierten Maßnahmen, Verantwortlichkeiten und einem stringenten Monitoring. Unsere Industrie braucht Investitionssicherheit und politische Verlässlichkeit, keine weiteren Diskussionsprozesse. Nur wenn das Leitbild in konkretes Regierungshandeln übersetzt wird, entfaltet es die notwendige Wirkung gegen die fortschreitende De-Industrialisierung.

Sondervermögen industriefest einsetzen

Um den Mittelstand in NRW endlich spürbar von Bürokratielasten zu befreien, braucht es zeitnah die immer noch ausstehende Novelle des NRW-Mittelstandsförderungsgesetzes, verbunden mit einer institutionellen Stärkung der Clearingstelle Mittelstand. Ziel der Bemühungen muss es sein, dass NRW bundesweit wieder das modernste und in der Umsetzung für die Zielgruppe bestmögliche Mittelstandsförderungsgesetz hat.

Leistungsfähige Straßen, Schienenwege, Wasserstraßen, Pipelines und digitale Netze bilden das Rückgrat unseres Industriestandorts. Mit dem Sondervermögen des Bundes und einer verlässlichen Finanzierung in den Kernhaushalten von Bund, Land und Kommunen muss die überfällige Modernisierung jetzt beschleunigt werden. Es war richtig und ist weiter dringend notwendig, dass sich die Landesregierung entschieden dafür einsetzt, dass die Investitionen aus dem Sondervermögen zusätzlich ausgegeben werden – und nicht dafür, bestehende Haushaltslöcher zu stopfen.

Schleusen und Kanäle funkeln „Mayday“

Wichtig ist aber: Die Wasserstraßen gehören zwingend in das Sondervermögen aufgenommen. Unsere Schleusen, Kanäle und Hafenanlagen funkeln seit Jahren „Mayday“. Die Flachstellen entlang des Rheins zügig zu beseitigen wäre dabei eine

doppelt sinnvolle Investition – in die Klimaanpassung und in die Stärkung der wichtigsten westeuropäischen Wasserstraße.

Die massive zusätzliche Verschuldung des Bundes für das Sondervermögen Infrastruktur ist nur dann zu rechtfertigen, wenn sie zu einer spürbaren Verbesserung unserer Infrastruktur führt. Jede Zweckentfremdung lehnen wir ab. Damit die vom Bund für Maßnahmen in NRW bereitgestellten

Mittel dauerhaft vollständig abgerufen werden, braucht es vom Land einen Planungsvorrat, der auch kurzfristig weitere Maßnahmen ermöglicht. Damit es schneller vorangeht, müssen die Landesmittel für den Neubau von Landesstraßen auch in Zeiten knapper Kassen ausgeweitet werden. Abschließend braucht es für mehr Transparenz eine kontinuierliche, verpflichtende Berichterstattung im Verkehrsausschuss des Landtags.



84 %

der Unternehmen sehen sich durch
mangelhafte Verkehrsinfrastruktur regelmäßig in
ihrer Geschäftstätigkeit beeinträchtigt.

Quelle: IW



Mehr Einheitlichkeit statt Flickenteppich

Von **Ursula Baum**
Bürgermeisterin der Stadt Kaarst (FDP)



Foto: Stadt Kaarst

In einer Zeit, in der wirtschaftliche Rahmenbedingungen sich rasch verändern und Unternehmen Flexibilität, eine gute Infrastruktur und planungssichere Perspektiven benötigen, rückt die Frage nach dem richtigen Standort stärker denn je in den Fokus unternehmerischer Entscheidungen. (...) Was wir brauchen, sind Einheitlichkeit und verbindliche Vorgaben vom Bund an die Länder und Kommunen. Nur so können wir als Stadt unser Potenzial vollständig entfalten und dauerhaft einen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilität und Innovationskraft in Deutschland leisten. Und nur so wird es uns gelingen, die Standortvorteile dauerhaft glaubhaft zu kommunizieren.

Aus: „Klartext im Westen“ vom 31. Juli 2025
www.wirtschaftsblog.nrw



Bildung als Treiber für Innovation

- > Früh fördern, Betreuung sichern
- > Übergänge weiterentwickeln
- > Schulqualität datengestützt verbessern



Foto: Meyer

Jahrestagung SCHULEWIRTSCHAFT NRW: Präsident Arndt G. Kirchoff mit Schulministerin Dorothee Feller und Prof. Axel Plünnecke (IW), November 2025

Gute Bildung ist das Fundament für Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft. unternehmer nrw setzt sich daher seit vielen Jahren für bessere Chancen entlang der kompletten Bildungskette ein. Es gilt, Kindern möglichst früh eine hochwertige Bildung zu ermöglichen und den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und schulischem Erfolg aufzubrechen.

Früh fördern und Betreuung sichern

Eine hochwertige und verlässliche Kinderbetreuung ist für die frühe Förderung der Kinder und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von zentraler Bedeutung. Daher engagiert sich unternehmer nrw in der aktuellen Novellierung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) für gute Rahmenbedingungen für die Betreuung. Dazu

gehörte der Austausch zwischen den Mitgliedern des Ausschusses für Personal- und Bildungspolitik von unternehmer nrw und Dr. Thomas Weckelmann, Abteilungsleiter im Familienministerium (MKJFGFI). Hier wurde deutlich gemacht, wie groß die Defizite bei der Betreuung aktuell sind und welche Auswirkungen das für Eltern und Betriebe hat.

unternehmer nrw begrüßt daher die im Rahmen der Novellierung vorgesehenen zusätzlichen finanziellen Mittel zur Stabilisierung des Systems. Besonders positiv ist die Intensivierung der Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen in Verbindung mit Familienzentren, deren Auswahl richtigerweise anhand des Kita-Sozialindex erfolgt. So kommen die Mittel dort an, wo sie besonders benötigt werden. Eng begleitet wird

die KiBiz-Reform durch eine Arbeitsgruppe von unternehmer nrw, die die Positionen der NRW-Wirtschaft erarbeitet.

Schulreife durch Vorkurse sicherstellen

Auswertungen der Schuleingangsuntersuchungen zeigen, dass rund ein Drittel der Kinder in NRW Auffälligkeiten im Bereich der Sprachkompetenz aufweisen und individuelle Förderung benötigen. Um diesem Förderbedarf zu begegnen, plant das Ministerium für Schule und Bildung die Einrichtung sogenannter ABC-Klassen. unternehmer nrw begrüßt die Initiative schulischer Vorkurse zur Sicherstellung der Schulreife ausdrücklich.

Positiv bewertet die Landesvereinigung insbesondere die rechtliche

Verankerung im Schulgesetz, durch die die Teilnahme verbindlich gestaltet wird. In der Umsetzung muss die Praktikabilität im Vordergrund stehen.

Basiskompetenzen in Schule stärken

Auf der Jahrestagung SCHULE-WIRTSCHAFT NRW 2025 haben Schulministerin Dorothee Feller und NRW-Unternehmerpräsident Arndt G. Kirchhoff diskutiert, wie junge Menschen durch die Schule bestmöglich auf die Zukunft vorbereitet werden und an Arbeit und Gesellschaft teilhaben können. Kirchhoff betonte den dringenden Handlungsbedarf, das Bildungssystem in Nordrhein-Westfalen im Schulterschluss zwischen Schule und Wirtschaft zukunftsfähig aufzustellen. In einer Zeit, die von Transformationsprozessen, geopolitischen Unsicherheiten, wirtschaftlicher Rezession und einem andauernden Fachkräftemangel geprägt ist, liefert ein leistungsfähiges Bildungssystem eine wichtige Voraussetzung, die großen Herausforderungen erfolgreich zu meistern. Zudem legt es das Fundament für die Zukunftsfähigkeit und den Wohlstand Nordrhein-Westfalens.

In einer Sitzung des Ausschusses für Personal- und Bildungspolitik hat Prof. Axel Plünnecke vom Institut der deutschen Wirtschaft Ergebnisse der Studie „Bildungsmonitor“ präsentiert und Handlungsempfehlungen vorgelegt. Handlungsbedarf besteht insbesondere bei grundlegenden Kompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen. Um hier nachhaltig Fortschritte zu erzielen, müssen die Unterrichtsqualität und eine passgenaue Förderung künftig noch stärker in den Mittelpunkt rücken. Diese Kernforderungen bringt unternehmer nrw kontinuierlich in Gespräche mit Landtagsabgeordneten, der Schulministerin und Ministerialbeamten ein.

Wie wichtig Sprachförderung ist, hat unternehmer nrw auch in einer Anhörung im Schulausschuss des Landtags zum Thema Mehrsprachigkeit im

Dezember 2025 deutlich gemacht. Sprachkompetenz in Deutsch ist zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Integration und muss daher in der Schule Priorität haben. Mehrsprachigkeit ist gleichzeitig eine Chance, die genutzt werden sollte.

Schulqualität auf Basis von Daten entwickeln

unternehmer nrw begrüßt die im Schulkompass NRW 2030 verankerte

datengestützte Qualitätsentwicklung. Sie ist ein wichtiger Hebel, um schulische Ergebnisse zu verbessern. Auf Grundlage belastbarer Daten können schulische Entwicklungsprozesse gezielt gesteuert und individuelle Förderung wirksamer gestaltet werden. Die Landesvereinigung bringt sich aktiv in den bildungspolitischen Dialog auf Landesebene ein und setzt sich für verbindliche landesweite Standards und unterstützende Angebote für Schulen ein.



45.300

Ganztagsplätze fehlen bis zum Schuljahr 2029/2030 in NRW, um den bundesweiten Rechtsanspruch auf einen Ganztagsbetreuungsplatz zu erfüllen.

Quelle: IW



Gemeinsam für eine zukunftsfähige Wirtschaft

Von Vera Bökenbrink
Geschäftsführerin Stahlwille
Eduard Wille GmbH & Co. KG



Foto: Stahlwille

Industriebetriebe in NRW – und deutschlandweit – stehen vor komplexen Herausforderungen. Viele Probleme, denen wir uns heute stellen müssen, sind hausgemacht: ausufernde Bürokratie, zu hohe Lohnkosten, fehlende Digitalisierung und ein chronischer Fachkräftemangel. All das sind Dinge, bei denen die Politik die Weichen dringend in die richtige Richtung stellen muss. Ich wünsche mir mehr politische Entscheidungsträger auf allen Ebenen, die gemeinsam mit der Wirtschaft aktiv an einer zukunftsfähigen Gesellschaft arbeiten – nicht irgendwann, sondern jetzt!

Aus: „Klartext im Westen“ vom 17. Juli 2025
www.wirtschaftsblog.nrw



Gestalten in schwierigen Zeiten

- > Trotz Wirtschaftskrise: Hohes Engagement in der Ausbildung
- > Übergang Schule/Beruf: Bedarfsgerecht weiterentwickeln
- > Teilqualifizierung: Fachkräfte finden und binden



Foto: MAGS

Spitzengespräch Ausbildungskonsens, Dezember 2025

Der Ausbildungsmarkt in NRW gerät zunehmend unter Druck: Es gibt weniger Ausbildungsplätze, gleichzeitig aber mehr Bewerber – mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen. Hinzu kommt eine äußerst angespannte wirtschaftliche Lage. Fehlende passende Bewerbungen und mangelnde Schulbildung der Jugendlichen sind die größten Probleme, vor denen Unternehmen bei der Nachwuchsgewinnung stehen.

Duale Ausbildung ist für Betriebe extrem wichtig

In den Spitzengesprächen des Ausbildungskonsens NRW unter Federführung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales Nordrhein-Westfalen (MAGS) haben die Partner diskutiert, wie die duale Ausbildung als tragende Säule der Fachkräfte-

sicherung weiter gestärkt werden kann. Arndt Kirchhoff, Präsident unternehmer nrw, betonte ihre Bedeutung für die Unternehmen in NRW: Die duale Ausbildung sei einer der Gründe, weshalb der Ausbildungsmarkt der strukturellen Wirtschaftskrise lange habe trotzen können.

Allerdings monieren die Betriebe zunehmend, vielen Bewerbern fehle es an grundlegendem Rüstzeug. Zudem mangle es immer wieder an der Bereitschaft, sich über traditionelle Berufsbilder hinaus zu orientieren.

Junge Menschen brauchen ein gewisses Bildungsniveau und Basiskompetenzen, um erfolgreich in die Ausbildung zu starten und diese auch abzuschließen. Daher hat unternehmer nrw zusammen mit dem DGB NRW und Vertretern der Kammern

einen Dialog auf Spitzenebene initiiert. Das Ziel: durch bessere Bildung in Kita und Schule bessere Ausbildungsvoraussetzungen schaffen. Anknüpfend an schon gestartete Initiativen etwa zur Stärkung der Basiskompetenzen sollen dazu gemeinsam mit den zuständigen Ministerien weitere Handlungsansätze ausgelotet werden.

Projekte können voneinander lernen

Dem Übergang von der Schule zum Beruf widmen sich vielfältige Initiativen und Projekte. Wichtig ist, Best Practice sichtbar zu machen und voneinander zu lernen. Das ist auch ein Ziel des bildungspolitischen Erfahrungsaustauschs von unternehmer nrw, dem Bildungswerk der Nordrhein-Westfälischen Wirtschaft (BWNRW) und SCHULEWIRTSCHAFT NRW.

In der Herbstsitzung hat die Stiftung PRO AUSBILDUNG ein Projekt zur beruflichen Orientierung vorgestellt: An einer Gesamtschule in Gelsenkirchen werden bereits ab der fünften Klasse Berufe im Unterricht und in Projektwochen erlebbar gemacht. Anschließend wurde diskutiert, ob das Modell auf andere Regionen übertragbar ist.

Übergang in den Beruf nahtlos gestalten

unternehmer nrw gehört zu den Initiatoren der Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA). Aktuell soll diese – initiiert durch das MAGS, das Ministerium für Schule und Bildung NRW und die Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen (BA RD NRW) – unter dem Titel „Jugend in Beruf“ weiterentwickelt werden. unternehmer nrw begleitet diesen Prozess sehr intensiv.

Im Bildungspolitischen Erfahrungsaustausch hat das MAGS Ziele und Planung einer Laborphase an Schulen vorgestellt. In der anschließenden Diskussion wurde von den Teilnehmern gefordert, dass die vielfältigen Angebote von Unternehmen, Arbeitgeberverbänden und vom Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT zur beruflichen Orientierung Berücksichtigung in „Jugend in Beruf“ finden müssten.

Fachkräfte finden mit Teilqualifizierung

Wie kann Teilqualifizierung (TQ) zur Lösung des Fachkräftemangels beitragen? Diese Frage stand im Mittelpunkt einer Veranstaltung im Haus von unternehmer nrw, die die Landesvereinigung, das BWNRW und das Bundesprojekt ETAPP gemeinsam durchgeführt haben.

Die Veranstaltung traf auf hohes Interesse. Sie hat das Thema TQ durch Praxisbeispiele sehr greifbar und anschaulich gemacht und gezeigt: Für Unternehmen kann die Teilqualifizierung genau dann ein Instrument zur

Fachkräftegewinnung und Mitarbeiterbindung sein, wenn sie bedarfsgerecht und flexibel umgesetzt wird.

Brücken zum Berufsabschluss bauen

unternehmer nrw ist zudem Mitunterzeichner einer Vereinbarung zum Thema TQ, auf die sich die Partner der Fachkräfteoffensive NRW im

November 2025 verständigt haben. unternehmer nrw hat zu diesem Anlass deutlich gemacht, dass die Teilqualifizierung gering qualifizierter Erwachsener Brücken hin zu einem Berufsabschluss bauen kann.

Damit ist TQ ein wirksames Mittel, um in Zeiten mit vielen neuen Anforderungen gezielt die Beschäftigungsfähigkeit zu stärken.



21%

weniger Prüfungsanmeldungen von dualen Auszubildenden im Jahr 2024 im Zehnjahresvergleich.

Quelle: DIHK, Ausbildungsumfrage 2025



Die Kommunen und Kreise leben von der Substanz

Von Bodo Klimpel
Landrat des Kreises Recklinghausen



Foto: Kreis Recklinghausen

Auch wir im Kreis Recklinghausen leben mittlerweile von der Substanz. Unsere Rücklagen schmelzen dahin. Und dennoch sollen wir weiterhin neue Aufgaben schultern und gleichzeitig wichtige Investitionen in Infrastruktur und Bildung stemmen. Alleine wir als Kreis mussten seit 2020 rund 848 Millionen Euro kompensieren. Mit diesem Geld hätten wir viel Gutes tun können, etwa bei der Sanierung von Brücken.

Aus: „Klartext im Westen“ vom 6. August 2025
www.wirtschaftsblog.nrw



So bleibt NRW innovativ

- > Innovationsstrategie technologieoffen gestalten
- > Förderlandschaft: Transparenz und Kohärenz gefordert
- > Innovationstransfer muss praxisnah und dynamisch sein



Foto: MWIKÉ,
Sondermann

Präsident Kirchhoff beim 5. Innovation Talk mit Wirtschaftsministerin Neubaur, Dezember 2025

NRW kann Innovation! Dafür stehen viele Betriebe hierzulande mit ihren Produkten und Dienstleistungen. Und dafür steht eine Innovationslandschaft mit Kraftzentren bei Zukunftsthemen wie künstlicher Intelligenz (KI), Quantencomputing, Batteriezelle oder Cybersicherheit.

Klar ist aber auch: NRW kann mehr Innovation. Hierfür muss es noch besser gelingen, den Transfer von der Wissenschaft in die Praxis zu stärken.

Den Innovationsstandort zukunftsfest machen

Innovationen brauchen eine gute Strategie. Daher hatte es unternehmer nrw begrüßt, dass das Land 2021 die „Regionale Innovationsstrategie 2021–2027“ vorgelegt hat. Sie zeichnet sich durch einen mutigen,

chancenorientierten und technologieoffenen Innovationsansatz aus. Aktuell steht die Weiterentwicklung dieser Strategie für den Zeitraum 2028 bis 2034 an. unternehmer nrw bringt sich in diesen Prozess intensiv ein. Dazu gehörte auch die Teilnahme am Zukunftsdialo zur Innovationsstrategie am 5. März 2026. Auf der Veranstaltung wurden Zukunftsthemen, Handlungsfelder und Instrumente für die neue Innovationsstrategie diskutiert. Grundlage war eine Potenzialanalyse, aus der zentrale Zukunftsthemen wie Next Gen Computing, Verteidigung, zirkuläre Wirtschaft oder vernetzte Mobilität hervorgegangen sind.

Wie der Mittelstand besser bei seinen Innovationsaktivitäten unterstützt werden kann, daran arbeitet der „Expertenrat Innovationsstärkung Mittelstand“ im Wirtschaftsministerium

NRW. Auch hier bringt sich unternehmer nrw entscheidend ein. Wichtig ist aus Sicht der Landesvereinigung ein transparentes, kohärentes Fördersystem, das zudem klar auf den Innovationstransfer ausgerichtet ist.

Digitalisierung – mit Sicherheit

unternehmer nrw nimmt zudem regelmäßig am „NRW Innovation Talk“ des Wirtschaftsministeriums teil. Im Dezember 2025 ging es dort um die Fragen, wie der Innovationsstandort NRW zukunftsfest gemacht werden kann und welche Wege dazu in der Innovationsförderung beschrritten werden müssen. Zentrale Punkte für die Landesvereinigung: Technologieoffenheit, weniger Bürokratie und ein klarer Fokus auf den Transfer aus der Wissenschaft in die Praxis.

Cybersicherheit ist und bleibt ein wichtiges Thema. Bedrohungen verschwinden nicht, sie werden vielmehr immer raffinierter. Es heißt deshalb: dranbleiben! Das tut unternehmer nrw als Partner der Initiative „Wirtschaft. Digital.Sicher.NRW“.

Dazu gehört auch die Teilnahme an den „Spitzengesprächen Cybersicherheit“ des Wirtschaftsministeriums NRW. Im April 2025 standen dort die konkreten Angebote des Landes zur Stärkung der Cybersicherheit im Mittelpunkt, unter anderem die Umsetzung der Initiative „Tür zu im Netz 2.0“. Im September 2025 wurde bei den Gesprächen ein wichtiges Zeichen für die Zusammenarbeit bei der Cybersicherheit gesetzt. unternehmer nrw setzt sich für starke Unterstützungsangebote insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen bei diesem Thema ein.

unternehmer nrw hat Cybersicherheit zudem erneut in der Online-Reihe „Eine Stunde – Ein Thema“ aufgegriffen. Im Fokus standen dort im November 2025 die Angebote des Kompetenzzentrums „DIGITAL.SICHER.NRW“ sowie der „NIS2-Anlaufstelle NRW“. Beide Initiativen haben sehr anschaulich gemacht, welche Gefahren bestehen und wie man ihnen begegnen kann. unternehmer nrw begrüßt sehr, dass das Land diese Angebote fördert.

Quantencomputing – auf neuen Wegen

Quantencomputing gehört neben KI zu den vielversprechendsten Technologien unserer Zeit. Sie ist bedeutsam, weil Quantencomputer bestimmte Aufgaben viel schneller lösen können als „normale“ Computer. unternehmer nrw begrüßt es daher, dass das Land hier einen Innovationsschwerpunkt setzt und diese Zukunftstechnologie am Standort NRW stärkt.

Zudem hat unternehmer nrw auch dieses Zukunftsthema in der Online-Reihe „Eine Stunde – Ein Thema“ auf-



25,5 %

KI-Nutzung von Unternehmen mit mindestens 10 Beschäftigten in NRW im Jahr 2025 (2024: 19,6%).

Quelle: IT.NRW

gegriffen, unter dem Motto „Quantencomputing – Was ist das? Und was kann das?“. Vorgestellt hat sich dort das Kompetenzzentrum Quantencomputing „EIN Quantum NRW“.

Hochschulen sind der Treiber für Innovationen

Hochschulen sind Treiber für Innovationen – durch ihre Forschung ebenso wie durch die Ausbildung von hoch qualifizierten Fachkräften. Das Hochschulstärkungsgesetz, das sich aktuell

im Gesetzgebungsprozess befindet, adressiert richtige Themen, um die wichtige Rolle der Hochschulen zu stärken.

unternehmer nrw hat in einer Anhörung im Landtag im März 2026 etwa die Stärkung von Digitalisierung, wissenschaftlicher Weiterbildung und Ausgründungen begrüßt. Und dabei hervorgehoben, wie wichtig der Innovationstransfer ist – eine Aufgabe, der sich die Hochschulen in Zukunft noch intensiver stellen müssen.



Kommunen brauchen eine starke Infrastruktur

Von Ralf Schwarz

Geschäftsführer Lackwerke Peters GmbH & Co. KG und Vorsitzender Unternehmerschaft Niederrhein e. V.



Foto: Axel Küppers

Kommunen brauchen eine starke Wirtschaft vor Ort – und unsere Wirtschaft braucht starke Kommunen mit entscheidungsfreudigen Volksvertretern für Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Die Wirtschaft braucht ausreichend viele und gut geeignete Fachkräfte, um wettbewerbsfähig zu bleiben und den Wohlstand in der Region sichern zu können. Dazu bedarf es einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf – und zwar verlässlich, bedarfsgerecht, flächendeckend und zeitlich flexibler als bisher.

Aus: „Klartext im Westen“ vom 13. August 2025
www.wirtschaftsblog.nrw



Das Fachkräfte-Paradox

- > Industrie verliert 2.800 Beschäftigte pro Monat
- > Trotzdem bleibt der Fachkräftemangel ein Problem
- > Es braucht unbürokratische Verfahren zur Integration



Foto: RDNRW

Roland Schüßler, BA NRW, Thorben Albrecht, DGB NRW, und Arndt Kirchhoff bei der Pressekonferenz zum NRW-Arbeitsmarkt, Dezember 2025

Zeigte sich der Arbeitsmarkt trotz der wirtschaftlichen Flaute lange Zeit robust, haben sich die Zeiten spätestens 2025 geändert: Die Arbeitslosigkeit in NRW lag mit fast acht Prozent auf einem Zehn-Jahres-Hoch. Die Zahlen sind dramatisch: Die Industrie in NRW verliert aktuell rund 2.800 Beschäftigte pro Monat. Und trotzdem wird auch in schwierigen Zeiten gut qualifiziertes Personal gebraucht. Viele Unternehmen haben Probleme, Stellen zu besetzen. Die Fachkräftesicherung bleibt im Zuge des demografischen Wandels elementar.

Nur wo investiert wird, entstehen Arbeitsplätze

NRW-Unternehmerpräsident Arndt Kirchhoff forderte auf der Pressekonferenz zur Bilanz des Arbeitsmarkts im Dezember 2025 echte Struktur-

reformen, um den Arbeitsmarkt zu stabilisieren. Der Wirtschaftsstandort müsse endlich wieder international konkurrenzfähig werden. Der Anstieg der Sozialbeiträge müsse gestoppt und wieder auf 40 Prozent begrenzt werden. Ziel der Politik müsse sein, Vertrauen in den Standort wiederherzustellen, damit Unternehmen investieren. Denn nur wo investiert wird, entstehen Arbeitsplätze.

In Gremien wie dem Beirat der Bundesagentur für Arbeit Regionaldirektion NRW, der Fachkräfteoffensive NRW oder der Arbeitsgruppe Beschäftigungsübergänge bringt unternehmer nrw die Anliegen der Unternehmen ein. Ziel dabei ist immer, die Rahmenbedingungen für Betriebe und die Fachkräftesicherung zu verbessern. Im Juli 2025 war Christina Ramb, Mitglied der Hauptgeschäftsführung der

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und stellvertretende Vorsitzende des Verwaltungsrats der Bundesagentur für Arbeit, zu Gast bei unternehmer nrw.

Im Austausch mit den alternierenden Vorsitzenden der Verwaltungsausschüsse der Agenturen für Arbeit in NRW berichtete sie über die aktuellen arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen in Nürnberg und Berlin. Auch hier war der Tenor unter den Teilnehmern, dass es Strukturreformen brauche.

Beispiele gelungener Inklusion gewürdigt

Im Rahmen der Inklusionsinitiative des Landes hat die Landesvereinigung maßgeblich an Konzeption und Umsetzung einer Online-Informationssreihe für Arbeitgeber mitgewirkt.

unternehmer nrw hat mit einem Vortrag zu den rechtlichen Rahmenbedingungen im Januar 2026 auch den Startpunkt der Reihe gesetzt. In begleitenden Gremien der Initiative werden fortlaufend Erfolgsfaktoren und Hemmnisse der Inklusion benannt.

Öffentlichkeitswirksam und in feierlichem Rahmen würdigt der Sozialverband VdK Beispiele gelungener Integration. Seit über einem Jahrzehnt ist unternehmer nrw Mitglied der Jury und übernimmt regelmäßig die Rolle der Laudatorin – so auch im Dezember 2025.

Mehr Regulierung ist keine Lösung

unternehmer-nrw-Hauptgeschäftsführer Johannes Pöttering betonte im November 2025 bei der Schwerbehindertenkonferenz der IG Metall, Inklusion könne nur gelingen, wenn alle Beteiligten – insbesondere die für die Hilfsmittelbeschaffung zuständigen Akteure – ihre Rolle sachgerecht wahrnehmen. Mehr Regulierung helfe hingegen nicht weiter.

Im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landtags Nordrhein-Westfalen stellte die Landesvereinigung im Januar 2026 als Sachverständige dar, wie Kooperationen zwischen Inklusionsunternehmen und der Wirtschaft dazu beitragen können, Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt nachhaltig zu ermöglichen.

Engagiert in der Gesundheitsförderung

Vor dem Hintergrund von Fachkräftemangel, demografischem Wandel und steigender Lebensarbeitszeit gewinnt der Erhalt von Gesundheit und Arbeitsfähigkeit zunehmend an Bedeutung. Tanja Nackmayr, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin unternehmer nrw, verdeutlichte bei einer Veranstaltung des Medizinischen Dienstes Nordrhein im Oktober 2025 die Aktivitäten der Unternehmen im Bereich der Prävention



29 %

der 15- bis 64-Jährigen arbeiten in Teilzeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2026

und der betrieblichen Gesundheitsförderung. Gleichzeitig betonte sie die Bedeutung der Eigenverantwortung.

In einem weiteren Baustein der Online-Reihe „#NRWirtschaftSichert-Fachkräfte“ wurde aufgezeigt, wie die neue Fachkräfteagentur International (FAI) des Landes Arbeitgeber bei der Fachkräftegewinnung in Drittstaaten als „Bürokratielotse“ unterstützt.

Auch bei der Integration von Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund gebe es noch Aufgaben zu erledigen, machte unternehmer nrw-Hauptgeschäftsführer Johannes Pöttering im Dezember 2025 beim Kongress „nrw integrativ“ des Integrationsministeriums (MKJFGFI) klar: Dafür brauche es unbürokratische Verfahren und zügige Auskünfte der Behörden.



Talente müssen sich zu Hause fühlen

Von Dr. Stephan Keller
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf



Foto: Landeshauptstadt Düsseldorf

Der Fachkräftemangel trifft Unternehmen aller Branchen – und wird durch den demografischen Wandel verschärft. Wir setzen auf gezielte Zuwanderung qualifizierter Kräfte und darauf, Menschen für Düsseldorf als Lebensort zu gewinnen. Denn echte Fachkräftebindung entsteht nur dort, wo Talent sich zu Hause fühlt. (...) Wirtschaftliche Stabilität entsteht nur in verlässlichen Rahmenbedingungen. Deshalb halten wir die Gewerbesteuer konstant – eine Erhöhung ist nicht geplant. Klarheit und Vertrauen sind heute wichtiger denn je.

Aus: „Klartext im Westen“ vom 1. Juli 2025
www.wirtschaftsblog.nrw



Europa braucht einen Befreiungsschlag

- > **Europapolitischer Impuls aus NRW**
- > **NRW-Wirtschaftsnetzwerk „NRWirtschaft Brüssel“ gegründet**
- > **Vereinfachungsagenda darf kein Etikettenschwindel werden**



Foto: Land NRW

Landesregierung und NRW-Wirtschaft beim Europapolitischen Austausch mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Juli 2025

Am 2. Juli 2025 hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Vertreter führender NRW-Konzerne und den Präsidenten von unternehmer nrw, Arndt Kirchhoff, in Brüssel empfangen. Initiiert wurde das Treffen von Ministerpräsident Hendrik Wüst, der gemeinsam mit der stellvertretenden Ministerpräsidentin und Wirtschaftsministerin Mona Neubaur sowie mit Europaminister Nathanael Liminski am Austausch teilnahm.

Europapolitischer Impuls aus NRW

Landesregierung und Wirtschaft haben sich auf einen gemeinsamen europapolitischen Impuls verständigt und diesen der Kommissionspräsidentin überreicht. Der Impuls benennt die Handlungsfelder, mit denen unser Land wieder auf einen

Wachstumskurs kommen kann. Es braucht ein Mindset, das die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts fokussiert, auf Vertrauen statt auf Regulierung setzt und die Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovationen verbessert.

Neues Netzwerk „NRWirtschaft Brüssel“

Anknüpfend an den europapolitischen Impuls haben sich – auf Initiative unter anderem von unternehmer nrw – viele europapolitisch aktive Unternehmen mit Sitz in NRW zum neuen Wirtschaftsnetzwerk „NRWirtschaft Brüssel“ zusammengeschlossen. Ziel ist, die Unternehmen in Brüssel noch enger miteinander zu verzahnen und die nordrhein-westfälische Wirtschaft auf EU-Ebene noch besser sichtbar zu machen. In einer Zeit, in

der Europa vor einer Fülle teilweise existenzieller Herausforderungen und der Wirtschaftsstandort im globalen Wettbewerb stark unter Druck steht, ist dies wichtiger denn je.

Entlastung darf kein Versprechen bleiben

Die von Kommissionspräsidentin von der Leyen in ihrer zweiten Amtszeit ins Leben gerufene „Vereinfachungsagenda“ ist ein wichtiges Signal für den Wirtschaftsstandort Europa. Die Kommission hat inzwischen eine Vielzahl sogenannter „Omnibus-Pakete“ vorgeschlagen, weitere sind angekündigt.

Die Anwendung bestehender Rechtsakte wurde teilweise verschoben. Dies sind gute Ansätze, aber bei Weitem nicht genug. Wenn es die Kom-

mission ernst meint, darf sie nicht Entlastung versprechen und anschließend an anderer Stelle wieder einkassieren.

Omnibus-I-Richtlinie: Erfolg für die Wirtschaft

Das Verfahren der Omnibus-I-Richtlinie zur Vereinfachung unter anderem der Lieferkettenrichtlinie sowie der Nachhaltigkeitsberichterstattungsrichtlinie ist abgeschlossen. Die EU-Institutionen haben Warnungen der Wirtschaft aufgegriffen und ehemals überkomplexe, überfordernde Regeln nun praxisgerechter gestaltet.

Wesentliche Erfolge sind die Anhebung der Schwellenwerte und der Schutz kleiner und mittlerer Unternehmen vor sogenannten „Trickle Down“-Effekten: Die hätten zur Folge gehabt, dass gesetzliche Sorgfaltspflichten großer Unternehmen faktisch entlang der Lieferkette weitergereicht worden wären.

Entscheidend ist nun, dass Deutschland das Lieferkettensorgfaltspflichten-gesetz (LkSG) umgehend und nicht erst 2028 vereinfacht. Der nationale Sonderweg muss beendet werden. Andernfalls drohen in den nächsten zwei Jahren massive Wettbewerbs-nachteile für die deutsche Wirtschaft. Gemeinsam mit 16 weiteren Wirtschaftsverbänden hat unternehmer nrw deshalb in einem Verbändebrief an Bundestag und Bundesregierung das Aus des LkSG gefordert.

EU-Bürokratieabbau: Endlich anpacken

Der Abbau von Bürokratie darf auch in der EU-Sozialpolitik kein Tabu sein. Ungeachtet dessen droht der für das Jahresende angekündigte „Quality Jobs Act“ mit neuen gesetzlichen Belastungen zu Telearbeit und mobilen Arbeiten, KI und Unterauftragsvergabe. Belastungsvermeidung und Vereinfachung müssen endlich zu Leitprinzipien aller Generaldirektionen werden. Im Detail braucht es – wo nötig – eine kluge politische Führung, die der wirt-



20 %

höher als im EU-Durchschnitt war das BIP pro Kopf in NRW im Jahr 2024.

Quelle: IW „Die Bedeutung von Nordrhein-Westfalen für die EU“, 2025

schaftlichen Stärkung Europas endlich oberste Priorität einräumt.

Es braucht schnell neue Freihandelsabkommen

Nach dem fatalen Signal der Mercosur-Abstimmung im EU-Parlament müssen nun zügig ambitioniert Freihandelsabkommen abgeschlossen und ratifiziert werden. Der erfolgreiche Abschluss der politischen Verhandlungen zwischen der EU und Indien ist hier ein starkes Signal. Da erfahrungsgemäß strittige Inhalte nicht Gegen-

stand des Vertragswerks sind, geht es nun um eine zügige Ratifizierung.

Die Stärkung des EU-Binnenmarkts bleibt eine zentrale Herausforderung für den Wirtschaftsstandort. Fortschritte sind im letzten Jahr nur punktuell erkennbar, strukturelle Probleme bestehen fort. Die EU muss konsequent alles streichen, was die Vollendung des Binnenmarkts ausbremst. Nationale Sonderwege von Mitgliedsstaaten müssen unterbleiben, damit Unternehmen europaweit wettbewerbsfähig arbeiten können.



Kommunen dürfen nicht auf Bund und Europa warten

Von **Ralf Lutter**
Geschäftsführer der KEB-Unternehmensgruppe,
Barntrup



Foto: KEB

Die Themen sind hinlänglich bekannt: notwendige Infrastruktur sicherstellen, Genehmigungsverfahren beschleunigen, Migration lenken, Fachkräftebedarf absichern, Standortkosten senken, wirtschaftsfreundliches Handeln fördern und so weiter und so fort. (...) Die Zeit drängt mehr denn je, jetzt ist schnelles und konsequentes Handeln gefragt. Und wo könnte dies besser realisiert werden als auf kommunaler Ebene? Regionale Wirtschaft und Kommunen sollten deshalb nicht auf Länder, Bund oder gar Europa warten, sondern gemäß ihren Möglichkeiten partnerschaftlich vor Ort und auf kurzem Wege pragmatische Schritte zur Verbesserung einleiten.

Aus: „Klartext im Westen“ vom 26. August 2025
www.wirtschaftsblog.nrw



Wie Eingriffe die Ordnung verschieben

- > Politischer Druck auf die Tarifautonomie steigt
- > Veränderungen beim Mindestlohn beeinflussen Tarifverträge
- > Bürokratieabbau im Arbeitsschutz gefordert



Foto: DBRT

Deutscher Betriebsräte tag im Bonner Bundestag: Hauptgeschäftsführer Johannes Pöttering diskutiert mit dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Alexander Schweitzer und der DGB-Vorsitzenden Yasmin Fahimi, November 2025

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer Phase tiefgreifender Unsicherheit. Hohe Energiepreise, geopolitische Spannungen, schwache Investitionsdynamik und strukturelle Transformationsprozesse belasten Unternehmen in fast allen Branchen.

Es braucht Mut zu modernen Lösungen

In einer solchen Situation rückt die Tarifpolitik in den Fokus: Sie entscheidet nicht nur über Entgelte und Arbeitsbedingungen, sondern hat auch Einfluss auf Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität. Damit Tarifpolitik zur wirtschaftlichen Erholung beitragen kann, braucht sie Mut zu modernen Lösungen. Zudem darf sie die grundgesetzlich zugesicherte Tarifautonomie der Sozialpartner nicht infrage stellen. Gerade in der jüngeren

Vergangenheit haben politische Eingriffe, rechtliche Überformungen und strukturelle Verschiebungen in der Tariflandschaft deutlich zugenommen.

Laut IAB Betriebspanel 2025 hat sich die Zahl der tarifgebundenen Unternehmen zwar stabilisiert, trotzdem bleibt der langfristige Trend einer sinkenden Tarifbindung. In Westdeutschland gaben zuletzt 24 Prozent der Betriebe an, an einen Flächentarifvertrag gebunden zu sein; weitere 2 Prozent verfügen über Haustarifverträge. Auf der Beschäftigtenseite verfestigt sich das seit vielen Jahren bestehende Bild: Rund die Hälfte aller Beschäftigten arbeitet in tarifgebundenen Betrieben.

Gleichzeitig entfalten Tarifverträge Wirkung über den Kreis der unmittelbar gebundenen Unternehmen

hinaus. 35 Prozent der Betriebe, die nicht tarifgebunden sind, orientieren sich dennoch an tariflichen Regelungen. Tarifverträge bleiben damit ein relevanter Referenzrahmen für Entgelte und Arbeitsbedingungen und behalten eine ordnungspolitische Bedeutung, die über die formale Bindung hinausreicht.

Tarifbindung lässt sich nicht verordnen

Allerdings: Der Rückgang der Tarifbindung führt dazu, dass der Gesetzgeber vermehrt Instrumente zur Stärkung der Tarifbindung in den Blick nimmt. Zusätzlich verpflichtet die EU-Mindestlohnrichtlinie die Mitgliedsstaaten, bei einer Tarifbindung unter 80 Prozent einen „Nationalen Aktionsplan zur Förderung von Tarifverhandlungen“ vorzulegen.

Dabei ist Zurückhaltung geboten: Aufgabe des Gesetzgebers ist es, faire Rahmenbedingungen zu schaffen – nicht aber durch Vorgaben faktischen Druck aufzubauen, sich tariflichen Regelungen anzunähern. Dieser Druck widerspricht der negativen Koalitionsfreiheit, die es Unternehmen ausdrücklich freistellt, ob sie sich an tarifliche Strukturen binden wollen.

Bundestariftreuegesetz erhöht Bürokratie

Aktuelle Vorhaben der Politik gehen in die falsche Richtung. Exemplarisch dafür steht das geplante Bundestariftreuegesetz. Dessen Entwurf sieht im Zusammenhang mit der Vergabe von Aufträgen und Konzessionen des Bundes zahlreiche Nachweis-, Dokumentations- und Prüfpflichten vor, die Unternehmen erheblichen zusätzlichen Verwaltungsaufwand aufbürden.

Nach Vorstellung des Gesetzgebers soll per Rechtsverordnung die Anwendung tariflicher Arbeitsbedingungen vorgegeben werden, was Tarifverträge zu staatlich definierten Mindeststandards erheben würde, die über das Vergaberecht durchgesetzt werden. In einer wirtschaftlichen Situation, in der Produktivität, Innovation und Investitionen im Mittelpunkt stehen müssten, wirkt dies kontraproduktiv. Dies gilt auch für das Vorhaben des Landes NRW für ein Tarifentgeltsicherungsgesetz.

Keine Effekte auf die Tarifbindung

Hinzu kommt, dass die empirische Evidenz die Wirksamkeit solcher Instrumente infrage stellt. Analysen des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigen, dass Tariftreuegesetze auf Landesebene bislang keinen messbaren Beitrag zur Stärkung der Tarifbindung geleistet haben.

Die Daten des IAB-Betriebspanels bestätigen das. Damit wird deutlich, dass solche Regelungen vor allem zusätzliche Komplexität schaffen,

ohne die strukturelle Ursachen des Rückgangs der Tarifbindung zu adressieren. Vor diesem Hintergrund ist es mehr als zweifelhaft, ob das Bundestariftreuegesetz in der vorgesehenen Form zur Stärkung der Tarifbindung beitragen kann. Gleiches gilt für das in NRW geplante Tariftreue- und Vergabegesetz.

Zugleich wirft der vom Gesetzgeber erwartete Effekt grundsätzliche Fragen auf. Denn die Aufgabe, für Tarifbindung unter Beschäftigten zu werben und Mitglieder zu gewinnen, liegt bei den Gewerkschaften. Wie hier eine staatlich angeordnete Anwendung tariflicher Arbeitsbedingungen die Tarifbindung stärken könnte, erscheint fragwürdig.

Wäre ein solcher Effekt zu erwarten, hätte er sich bereits durch die seit Jahren bestehenden Tariftreuegesetze der Länder zeigen müssen. Dies lässt sich den Mitgliederzahlen der acht unter dem Dach des Deutschen

Gewerkschaftsbundes (DGB) organisierten Gewerkschaften jedoch nicht beobachten. Es bleibt abzuwarten, ob die ab 2026 gewährte steuerliche Privilegierung von Gewerkschaftsbeiträgen eine Wirkung haben wird.

Mindestlohn: Erhöhung hat spürbare Folgen

Auch der politische Eingriff in die Tarifautonomie durch die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns hat spürbare Auswirkungen auf die tarifpolitische Praxis. Fakt ist, dass die unabhängige Mindestlohnkommission über die Höhe des Mindestlohns entscheidet. Jedoch zeigt die im Bundestagswahlkampf durch die SPD geforderte Anhebung auf 15 Euro den politischen Druck. Dass die Kommission diesem nicht gefolgt ist, war ein wichtiges Signal.

Dennoch führen die beschlossenen Erhöhungen auf 13,90 Euro ab 2026 und 14,60 Euro ab 2027 dazu, dass



Kommunen stärken – Zukunft sichern

Von Andreas Müller
Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein



Foto: Wladislaw Scheinmeier

Rund 80 Prozent aller Sozialausgaben in NRW werden von den Kreisen getragen. Die Gegenfinanzierung durch Bund und Land reicht bei Weitem nicht aus. Die Folge: Die Kosten explodieren – und weil die Kreise keine eigenen Steuern erheben können, müssen sie sich über die Kreisumlage finanzieren. Das Geld dafür kommt von den Städten und Gemeinden. Wenn der Kreis mehr Mittel braucht, steigt die Kreisumlage – und sofort droht Streit zwischen Städten, Gemeinden und Kreisen. Manchmal hat man den Eindruck, dass dieser Konflikt der Landespolitik gar nicht so unrecht ist: Er lenkt vom eigentlichen Kernproblem ab – der strukturellen Unterfinanzierung aller kommunalen Ebenen durch das Land NRW.

Aus: „Klartext im Westen“ vom 19. August 2025
www.wirtschaftsblog.nrw

viele Branchen ihre Tarifstrukturen anpassen müssen, um oberhalb des Mindestlohns zu bleiben. Damit werden ganze Tarifgitter nach oben verschoben und verteuern die Arbeitskosten zusätzlich.

Bei den von Gewerkschaften erhobenen Forderungen zeigt sich zuletzt ein Trend zu sogenannten Sockelbeträgen. Dabei wird die Erhöhung aller Entgeltgruppen um einen bestimmten Mindestbetrag gefordert, was insbesondere die unteren Entgeltgruppen überproportional begünstigt. Entsprechende Vereinbarungen zwischen Tarifvertragsparteien sind dabei oft durch die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes getrieben und eine Reaktion auf eine staatlich definierte Entgeltuntergrenze.

Die Wirkung des Mindestlohngesetzes droht sich somit umzukehren: Statt sich in der Entwicklung – wie vorgesehen – am Tarifindex zu orientiert, setzt der politisch beeinflusste Mindestlohn inzwischen selbst Impulse für die Tarifpolitik und zwingt die Sozialpartner, den Abstand zum Mindestlohn zu wahren.

Druck durch Gerichte und Gewerkschaften

Daneben drängen Gewerkschaften verstärkt auf tarifliche Regelungen, die ausschließlich ihren Mitgliedern zugutekommen – etwa zusätzliche Zahlungen oder freie Tage in Form eines Gewerkschaftsbonus. Solche Modelle werfen ordnungspolitische und betriebliche Fragen auf, da Tarifverträge eigentlich kollektive Standards setzen sollen. Werden be-



49 %

aller Beschäftigten waren im Jahr 2025 in einem tarifgebundenen Betrieb beschäftigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2026

stimmte Leistungen an die Mitgliedschaft geknüpft, entsteht eine Differenzierung innerhalb der Belegschaft.

Faktisch führt dies zu einer Mitfinanzierung von Anreizen für eine Gewerkschaftsmitgliedschaft. Inzwischen existieren in mehreren Branchen entsprechende Modelle. Zusätzlichen Druck auf die tariflichen Gestaltungsspielräume erzeugt eine arbeitsgerichtliche Rechtsprechung, die nachträglich in Tarifverträge eingreift, ohne die ausgehandelte Balance der Parteien ausreichend zu berücksichtigen. Tarifverträge entstehen aus komplexen Verhandlungen und bewussten Kompromissen. Werden einzelne Regelungen später isoliert betrachtet und richterlich „nach oben“ korrigiert, entstehen Änderungen, die von den Tarifvertragsparteien so nicht vereinbart wurden.

Nach der klaren Stärkung der Tarifautonomie durch das Bundesverfassungsgericht 2024 war mehr Zurückhaltung seitens der Arbeitsgerichte erwartet worden. Umso überraschender entschied das Bundesarbeitsgericht mit Verweis auf ein europarechtlich überformtes Diskriminierungsverbot in einem Fall zu Mehrarbeitszuschlägen für Teilzeit-

beschäftigte, dass Zuschläge bereits ab Überschreiten der individuell vereinbarten Arbeitszeit fällig werden. Dabei sah der Tarifvertrag sie ausdrücklich erst oberhalb der Arbeitszeit vergleichbarer Vollzeitkräfte vor, und die beanstandeten Regelungen wurden gemeinsam von den Sozialpartnern vereinbart. Damit wird ein ausgehandelter Tarifkompromiss nachträglich verschoben – zulasten der Verlässlichkeit tariflicher Vereinbarungen und der Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie.

Der Gesetzgeber sollte am Spielfeldrand bleiben

Damit Tarifverträge ihre volle Wirkung entfalten können, müssen Arbeitgeber und Beschäftigte darauf vertrauen können, dass ausgehandelte Kompromisse Bestand haben: Wo Tarifverträge gelten, sollten sie den maßgeblichen Ordnungsrahmen bilden. Darin liegt eine Chance für den Wirtschaftsstandort: Branchenspezifische Lösungen schaffen Wettbewerbsvorteile, die staatliche Einheitsregulierung nicht bieten kann.

Voraussetzung ist, dass die Tarifvertragsparteien darauf vertrauen können, ihre Regeln selbst zu setzen. Ebenso wichtig ist das Vertrauen in die Stabilität dieser Kompromisse – gerade angesichts einer Rechtsprechung, die tarifliche Regelungen zunehmend nachträglich verschiebt.

Bleibt der Gesetzgeber am Spielfeldrand und nutzen die Tarifparteien ihre Gestaltungsmöglichkeiten, kann die Tarifautonomie auch künftig ein starkes Instrument für zukunftsfähige Arbeitsbedingungen sein.



4,8 %

waren die Tarifverdienste (einschließlich Sonderzahlungen) im Jahr 2024 höher als im Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2025

Bürokratieabbau im Arbeitsschutz

Unternehmen stehen zunehmend unter Druck durch **komplexe arbeitsrechtliche und sicherheitsrelevante Vorgaben**. Bürokratieabbau im Arbeitsschutz bedeutet daher nicht weniger Sicherheit, sondern eine Entlastung von unnötigen Pflichten, damit Ressourcen für echte Prävention, Digitalisierung und praxisnahe Maßnahmen frei werden. Viele Dokumentations- und Berichtspflichten sind formalistisch, erzeugen **hohen Arbeitsaufwand** und leisten nur einen begrenzten Beitrag zur tatsächlichen Sicherheit – besonders in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).

1. Der Status quo

Deutschland verfügt über eines der weltweit dichtesten Arbeitsschutzsysteme. Obwohl der hohe Schutzstandard unbestritten ist, klagen Unternehmen über doppelte, unübersichtliche oder unpraktische Vorgaben. **KMU sind überdurchschnittlich belastet**, da sie weniger Kapazitäten für Verwaltungsaufwand haben. Schätzungen zufolge verursachen Bürokratiebindungen jährlich hohe wirtschaftliche Verluste.

2. Forderungen der BDA

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) hat 2025 einen Forderungskatalog mit 24 Maßnahmen vorgelegt. Zentrale Punkte sind:

- Stärkung unternehmerischer Eigenverantwortung und mehr praxisgerechte Anforderungen für KMU
- spürbare Reduzierung von Dokumentationspflichten
- verständlichere, übersichtlichere Regelwerke
- Ausbau digitaler Prozesse
- flexiblere Vorgaben für Unterweisungen und ASA-Sitzungen.

Ziel ist ein moderner Arbeitsschutz, der wirksam statt formalistisch ist.

3. Reformpläne des BMAS

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat ein dreistufiges Konzept zum Bürokratieabbau vorgelegt:

- **Sofortprogramm 2025:** Entfall bestimmter Schriftformerfordernisse, Vereinfachungen für Betriebe unter 50 Beschäftigten, weniger Pflicht-Sicherheitsbeauftragte.
- **KMU-Check 2026:** systematische Überprüfung der Praxistauglichkeit von Regeln.
- **Weitere Maßnahmen:** zusätzliche Digitalisierung, Flexibilisierung und Vereinfachung. Die erwartete Entlastung liegt bei rund 200 Mio. Euro jährlich.

4. NRW-Bundesratsinitiative

NRW hat Ende 2025 eine Initiative zum Abbau unnötiger Bürokratie gestartet. Sie sieht u. a. vor:

- Anhebung der **Schwelle für Arbeitsschutzausschüsse auf 50 Beschäftigte**,
- **Anpassungen in 18 weiteren Gesetzen und Verordnungen.** Die erwartete Entlastung liegt bei ca. 500 Mio. Euro pro Jahr.

5. Reform der Sicherheitsbeauftragten

Besonders relevant ist die geplante Neuregelung der Sicherheitsbeauftragten:

- Betriebe unter 50 Beschäftigten sollen **keinen Sicherheitsbeauftragten** mehr benennen müssen.
- Bis 250 Beschäftigte soll ein einziger Beauftragter genügen. Dies würde rund **123.000 Pflichtbeauftragte reduzieren** und vor allem KMU entlasten. Arbeitgeber begrüßen dies, da Ressourcen auf Gefährdungsbeurteilungen, echte Prävention und digitale Lösungen konzentriert werden können.



Fazit

Wir begrüßen, dass die ersten **wichtigen Reformen** auf den Weg gebracht wurden. Bürokratieabbau im Arbeitsschutz schafft Freiräume für **wirksame Prävention** und stärkt gleichzeitig Wirtschaft und Beschäftigte. Durch Digitalisierung, verständlichere Regeln und den Abbau formaler Pflichten kann Arbeitsschutz moderner, flexibler und zugleich sicher bleiben – weniger bürokratisch, aber nicht weniger sicher.



Viele Herausforderungen gleichzeitig

- > Zahlreiche „Baustellen“ für die Unternehmen im Arbeitsrecht
- > Strukturreform in der nordrhein-westfälischen Arbeitsgerichtsbarkeit
- > Sozialversicherungssysteme massiv unter Druck



Foto: Pcess609 –
stock.adobe.com

Enorme wirtschaftliche und geopolitische Belastungen sowie gesetzliche Neuregelungen mit hohem Umsetzungsaufwand und der anhaltende massive Reformstau in der gesetzlichen Sozialversicherung: All das stellt Unternehmen und Verbände vor große Herausforderungen.

Restrukturierung ist aktuell ein großes Thema

Der Bedarf nach arbeitsrechtlicher Beratung bei Restrukturierungsmaßnahmen ist deutlich gestiegen. Diese Maßnahmen haben mehrere Ursachen: Aufgrund von Lieferstopps oder Zöllen sind Märkte weggefallen oder nur noch eingeschränkt belieferbar. Zusätzlich haben sich in einzelnen Ländern Wettbewerbs- und Marktlagen oder Geschäftsmodelle in kurzer Zeit erheblich verändert.

Die nach wie vor hohen Energiepreise verschlechtern zusätzlich die Wettbewerbssituation der hiesigen Unternehmen auf dem Weltmarkt. Die Personalanpassungen, die daraus resultieren, konnten zunächst vielfach über sogenannte Freiwilligenprogramme gelöst werden. Jetzt ist dies oft nicht mehr möglich, deshalb bilden die Verhandlung und Gestaltung von Interessenausgleichen und Sozialplänen sowie ihre individualrechtlichen Umsetzungen aktuell einen Beratungsschwerpunkt.

Betriebsratswahlen: Welches Wahlrecht haben Matrix-Führungskräfte?

Turnusgemäß finden alle vier Jahre die Betriebsratswahlen in den Betrieben statt. Im Vorfeld der Wahlen hat das

Bundesarbeitsgericht einige wichtige Entscheidungen getroffen, die die Durchführung des Wahlverfahrens betreffen. Hierbei sind insbesondere zwei Entscheidungen zur Einordnung der rechtlichen Stellung von Matrix-Führungskräften zu nennen.

Matrix-Führungskräfte sind Führungskräfte in einer Matrix-Organisation. Das heißt: Sie führen Mitarbeiter eines anderen Betriebes oder Unternehmens. Während der 7. Senat des Bundesarbeitsgerichts bei betriebsübergreifenden Matrix-Strukturen für Matrix-Führungskräfte das aktive Wahlrecht in mehreren Betrieben eines Unternehmens grundsätzlich zulässt (Az. 7 ABR 28/24), bewertet der 1. Senat des Bundesarbeitsgerichts die betriebsverfassungsrechtliche Einordnung von Matrix-Führungskräften differenzierter.

Der 1. Senat verlangt, dass die Matrix-Führungskräfte zumindest partiell den Weisungen und damit der Personalhoheit der Betriebsinhaber unterliegen müssen, in deren Betrieben sie – gegebenenfalls auch nur digital – tätig werden beziehungsweise deren Betriebsbeschäftigte sie anleiten (Az. 1 ABR 25/24). Allein aus der fachlichen Weisungsbefugnis einer Matrix-Führungskraft kann nach Auffassung des 1. Senats noch nicht abgeleitet werden, dass diese in den Betrieb eingegliedert ist.

Dies ist jedoch eine zwingende Voraussetzung für die Zubilligung des aktiven Wahlrechts der Matrix-Führungskräfte. Die komplexe Rechtslage ruft in der betrieblichen Praxis vielfach Beratungsbedarf hervor, um etwaige Wahlanfechtungsrisiken zu reduzieren.

Wehrdienst und Reserve haben Auswirkungen auf die Arbeitswelt

Freiwilliger Wehrdienst, Bundesfreiwilligendienst und Katastrophenhilfe rücken angesichts der weltpolitischen Lage verstärkt in den Vordergrund. Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag vereinbart, an der Freiwilligkeit des Wehrdienstes festzuhalten. Darüber hinaus sollen die Reserve und der Heimatschutz gestärkt sowie strukturell und gesellschaftlich besser verankert werden.

Arbeitsrechtliche Fragen zu den Auswirkungen des Engagements von Beschäftigten im Rahmen des freiwilligen Wehrdienstes, der Reserve, des Bundesfreiwilligendienstes und der Katastrophenhilfe werden dadurch zunehmen.

Umsetzung der Entgelttransparenzrichtlinie

Das Verbot, gleiche Arbeit wegen des Geschlechts unterschiedlich zu vergüten, gilt in der Europäischen Union seit 1957 gemäß Art. 157 Abs. 1 AEUV. Die Vorschrift hat zwingenden Charak-



Quelle: Statistisches Bundesamt 2025

ter und ist von den nationalen Gerichten direkt anwendbar. In Deutschland gilt (zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses) noch das 2017 in Kraft getretene Entgelttransparenzgesetz.

2023 ist die Entgelttransparenzrichtlinie (EU 2023/970) in Kraft getreten, die bis zum 7. Juni 2026 in den EU-Mitgliedsstaaten umzusetzen ist. Im Wege der Umsetzung wird das deutsche Entgelttransparenzgesetz komplett überarbeitet und an die Inhalte der Richtlinie angepasst.

Die neuen Regelungen werden zu Verschärfungen führen und Arbeitgeber mit erheblichen bürokratischen Mehraufwänden belasten. So haben Stellenbewerber nach den Vorgaben der Entgelttransparenzrichtlinie künftig das Recht, Informationen zu Einstiegsgehalt oder Gehaltsspanne vom potenziellen Arbeitgeber zu erhalten. Und zwar bereits vor dem Vorstellungsgespräch.

Auskunftsrechte von Arbeitnehmern werden wohl erweitert

Es ist zu erwarten, dass der Gesetzgeber entsprechend der Entgelttransparenzrichtlinie auch die bisher geltenden Auskunftsrechte der Arbeitnehmer erweitert. Diese sieht vor, dass Arbeitnehmer auf Antrag Anspruch auf Informationen über die individuelle Entgelthöhe, die Kriterien zur Festlegung des Entgelts und dessen Entwicklung und die durchschnittliche Entgelthöhe der Vergleichsgruppe haben. Bisher bestand das Auskunftsrecht nach dem deutschen Entgelt-

transparenzgesetz ausschließlich für Arbeitgeber mit mehr als 200 Arbeitnehmern. Einen solchen Schwellenwert sieht die Entgelttransparenzrichtlinie nicht mehr vor.

Zukünftig werden Arbeitgeber zudem ab 100 Arbeitnehmern alle drei Jahre und Arbeitgeber ab 250 Arbeitnehmern jährlich einen Entgelttransparenzbericht mit Informationen zu geschlechtsspezifischen Entgeltgefällen erstellen müssen, der veröffentlicht wird. Neu ins deutsche Recht umzusetzen ist auch die in der Entgelttransparenzrichtlinie vorgesehene „gemeinsame Entgeltbewertung“.

Danach müssen Arbeitgeber, die Berichtspflichten unterliegen, mit Arbeitnehmervertretern eine gemeinsame Entgeltbewertung vornehmen, wenn sich aus dem Entgelttransparenzbericht ein geschlechtsspezifischer Unterschied bei der durchschnittlichen Entgelthöhe in Höhe von mindestens 5 Prozent in einer Gruppe von Arbeitnehmern ergibt, den der Arbeitgeber nicht auf der Grundlage objektiver, geschlechtsneutraler Kriterien rechtfertigen kann und der nicht innerhalb von sechs Monaten korrigiert wurde. Die Verbände unterstützen Arbeitgeber bei der Umsetzung der gesetzlichen Neuerungen intensiv.

Strukturreform in der Arbeitsgerichtsbarkeit

Die Landesregierung hat 2025 eine Strukturreform in der nordrhein-westfälischen Arbeitsgerichtsbarkeit eingeleitet. Die nordrhein-westfälischen Arbeitgeberverbände wirken intensiv an dem Reformprozess mit. Die grund-

sätzliche Zielsetzung des Vorhabens ist richtig: Eine zukunftssichere Aufstellung der Arbeitsgerichtsbarkeit in NRW trägt ihrer hohen Bedeutung für das Land und den Wirtschaftsstandort Rechnung. Erfolgreiche Reformmaßnahmen leisten einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Arbeitsgerichtsbarkeit als eigenständiger Fachgerichtsbarkeit.

Aus Sicht von unternehmer nrw kommt es entscheidend darauf an, dass die Anforderungen an eine zukunftsfähige Arbeitsgerichtsbarkeit richtig erkannt und nachhaltig gestärkt werden. Zu nennen sind insbesondere kurze Verfahrensdauern, eine effektive Rechtsgewährung, eine gute örtliche Erreichbarkeit und die bewährte Mitwirkung der qualifizierten ehrenamtlichen Richterinnen und Richter.

Streit um die Corona-Verdienstaussfallentschädigung

Die Ablehnungen der Anträge von Unternehmen auf Erstattung der von ihnen vorgeleisteten Corona-Verdienstaussfallentschädigung sorgen

weiterhin für große Verärgerung. Im Anschluss an das Bundesarbeitsgericht bejaht auch das Bundesverwaltungsgericht einen Entgeltfortzahlungsanspruch bei Arbeitnehmern, die symptomlos mit dem Virus SARS-CoV-2 infiziert waren und ihre Arbeitsleistung nur infolge einer staatlichen Absonderungspflicht nicht erbringen konnten.

Die Rechtsprechung von Bundesarbeits- und Bundesverwaltungsgericht führt bei symptomlos infizierten sowie bei ungeimpften Personen zu rechtlich fragwürdigen und ungerechten Ergebnissen. Die Folge ist eine geänderte Verwaltungspraxis, die die Unternehmen einseitig mit den Kosten für coronabedingte Verdienstaussfälle belastet.

unternehmer nrw wird sich weiterhin intensiv dafür einsetzen, dass der Vorrang der Erstattung nach dem Infektionsschutzgesetz vor etwaigen Entgeltfortzahlungsansprüchen auch bei symptomloser Corona-Infektion wieder gesetzlich gewährleistet wird. Ziel muss sein, dass krankheits- und pandemiebedingte Risiken wieder richtig zwischen Arbeitgebern und Staat verteilt werden.

Streitpunkt telefonische Krankschreibung

Stark gestiegene Krankenstände belasten die Unternehmen weiterhin massiv. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist die teuerste allein von den Arbeitgebern finanzierte Sozialleistung. 2024 lagen die Kosten laut IW Köln bei rund 82 Milliarden Euro und damit mehr als doppelt so hoch wie im Jahr 2010.

Der hohe Beweiswert einer ordnungsgemäß ausgestellten Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung kann nur durch eine persönliche ärztliche Untersuchung erreicht werden. Die missbrauchsanfällige telefonische Krankschreibung muss abgeschafft werden. Sie wurde während der Corona-Pandemie eingeführt, um Praxen zu entlasten. Dasselbe Ziel lässt sich – zumal mit besserem Arzt-Patienten-Kontakt – mit der rechtlich längst möglichen Videosprechstunde erreichen.

Sozialversicherung: Dringender Reformbedarf

Die gesetzliche Sozialversicherung steht weiter unter Druck. Die Beitragssätze haben die 40-Prozent-Grenze längst überschritten: Aktuell zahlen Versicherte im Schnitt 42,3, Kinderlose 42,9 Prozent – Tendenz steigend. Die ohnehin hohe Belastung schadet der Wettbewerbsfähigkeit und mindert Beschäftigungschancen.

Besonders in der Rentenpolitik hat der Gesetzgeber die Lage noch verschärft: Die Festschreibung des Rentenniveaus auf 48 Prozent bis 2031 und die Aussetzung des Nachhaltigkeitsfaktors vergrößern die Finanzierungslücke erheblich. Auch die Ausweitung der Kindererziehungszeiten (Mütterrente) verursacht zusätzliche Milliardenkosten ohne gesicherte Finanzierung. Das von der Bundesregierung beschlossene Rentenpaket II ist damit das teuerste Sozialgesetz des Jahrhunderts.

ARBEITSRECHT KOMPAKT 2026:

Aktuelle Entwicklungen im Fokus

Im Rahmen des Gesprächskreises Arbeitsrecht konnte unternehmer nrw erneut Prof. Dr. Frank Bayreuther (Universität Passau) als Referenten gewinnen. In seinem Vortrag „Arbeitsrecht Kompakt 2026“ gab er den Teilnehmern einen fundierten Überblick über die aktuellen Entwicklungen und Tendenzen in Gesetzgebung und Rechtsprechung im Arbeitsrecht.



Prof. Dr. Frank Bayreuther war im März 2026 zu Gast im Gesprächskreis Arbeitsrecht.

Aber das Rentenpaket hat auch positive Seiten: Hierzu gehört die Aufhebung des arbeitsrechtlichen Vorbeschäftigungsverbots für Personen jenseits der Regelaltersgrenze, auch wenn enge Befristungsregeln den Nutzen begrenzen. Die neue Aktivrente setzt steuerlich zwar richtige Anreize zur Weiterarbeit, steht aber im Widerspruch zum Festhalten an fehlerhaften Frühverrentungsanreizen.

Die Ausgaben für Gesundheit explodieren

Begrüßenswert ist auch der vorgezogene Bericht der Rentenkommission. Unverständlich bleibt indes, dass milliardenschwere Mehrausgaben beschlossen wurden, während notwendige Einsparungen nur als Prüfaufträge formuliert sind. Die erforderlichen Maßnahmen für eine nachhaltige Rentenpolitik sind längst bekannt und müssen dringend umgesetzt werden: Abschaffung der abschlagsfreien Rente für besonders langjährig Versicherte, Wiedereinführung des Nachhaltigkeitsfaktors und eine weitere Anhebung der Regelaltersgrenze nach 2031.

In der Kranken- und Pflegeversicherung setzt sich die Fehlentwicklung fort: Leistungsausweitungen treiben die Ausgaben, strukturelle Reformen fehlen. Deutschland hat mit 12,3 Prozent des BIP die höchsten Gesundheitsausgaben Europas – ohne eine adäquate Versorgungsqualität.

Das im Dezember 2025 verabschiedete Sparpaket in der gesetzlichen Krankenversicherung bleibt weit hinter dem Notwendigen zurück. Es braucht eine Neuordnung der Strukturen durch die Konzentration der Krankenhausversorgung, den Abbau ineffizienter Angebote, den Ausbau von Eigenverantwortung und die Finanzierung versicherungsfremder Leistungen aus Steuermitteln des Bundes. Auch die Pflegeversicherung steht vor erheblichen Herausforderungen. Bis 2045 könnten bis zu 7,2 Millionen Menschen pflege-

bedürftig sein und der Beitragssatz schon im Jahr 2035 auf 4,5 Prozent steigen. Entlastung schaffen könnten eine stärkere Konzentration auf schwere Pflegefälle, die Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors, eine Ausweitung der privaten Vorsorge und die steuerliche Gegenfinanzierung versicherungsfremder

Leistungen. Insgesamt könnte die paritätische Beitragslast bis 2035 auf 49,7 Prozent steigen. Unternehmen NRW wirbt gemeinsam mit den Dach- und Schwesterverbänden für mehr politischen Mut, die dringend notwendigen Strukturreformen voranzutreiben. Klar ist: Die Politik muss jetzt handeln!

3 FRAGEN ZUR SACHE

„Die Politik braucht endlich Mut zu echten Strukturreformen“

Dr. Axel Borchard
Geschäftsführer Recht



Foto: unrw

Die Sozialausgaben sind auf einem Rekordniveau. Woran liegt das?

Die finanzielle Lage in der gesetzlichen Sozialversicherung ist dramatisch. Der demografische Wandel, längst überfällige Strukturreformen und politisch motivierte Leistungsausweitungen haben die Sozialausgaben kontinuierlich nach oben getrieben. Das Ergebnis sind bereits heute Lohnzusatzkosten für Arbeitgeber und Beschäftigte jenseits der 40-Prozent-Grenze. Diese haben negative Auswirkungen sowohl auf den Arbeitsmarkt im Inland als auch für den internationalen Standortvergleich.

Wo muss die Politik ansetzen, um die Kosten zu senken?

Die Politik muss endlich den Mut zu echten Strukturreformen haben. Viele Lösungsansätze liegen schon lange auf dem Tisch. In der gesetzlichen Rentenversicherung sind das unter anderem der Abbau von Frühverrentungsanreizen, die Anhebung der Regelaltersgrenze und der Verzicht auf ein künstliches Festschreiben des Rentenniveaus. In der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung muss der Fokus auf eine effiziente Basisabsicherung gelegt werden – es ist längst bekannt, dass die gesetzliche Sozialversicherung hier kein Einnahmenproblem, sondern ein massives Ausgabenproblem hat.

Wo sehen Sie erste Erfolge?

Die Vorlage von Reformvorschlägen hat begonnen. Diese müssen sachlich diskutiert und zügig umgesetzt werden. Weitere Reformüberlegungen müssen folgen, damit echte Strukturreformen gelingen. Die Zukunftssicherung unserer Sozialversicherung muss jetzt das Ziel sein.





Fotos: Meyer, Bauer, Sondermann



Kommunikation für die NRW-Wirtschaft

- > Weiterhin große Sorgen um den Wirtschafts- und Industriestandort NRW
- > Grundlegende wirtschafts- und sozialpolitische Reformen eingefordert
- > NRW-Kommunalwahlen 2025: Wirtschaftspolitische Debatten angestoßen



Foto: unrw

Präsident Kirchhoff im ARD-„Morgenmagazin“, August 2025

Im Fokus der Verbandskommunikation von unternehmer nrw stehen 2025 die wirtschafts- und sozialpolitische Reformdebatte, die Kommunalwahlen sowie zahlreiche landespolitische Themen.

Das Medieninteresse am Unternehmertag ist enorm

In einem Gastbeitrag für die „Rheinische Post“ beschreibt NRW-Unternehmerpräsident Arndt G. Kirchhoff Anfang Mai, was die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen von der neuen Bundesregierung erwartet: eine Politik, die die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in den Mittelpunkt stellt. „Die Welt um uns herum wartet nicht auf uns“, schreibt er. Deutschland habe oft genug be-

wiesen, dass es nach vorn kommen kann, wenn es darauf ankomme.

Zum Unternehmertag Nordrhein-Westfalen am 5. Mai begrüßt Kirchhoff den Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens, Hendrik Wüst. Das Medieninteresse ist enorm. Am Vorabend der Kanzlerwahl in Berlin sieht Kirchhoff die Chance für einen echten Neuanfang in der Bundespolitik. Die Bundesregierung müsse nun für echte Aufbruchsstimmung sorgen. Aktuell wirke das Land strukturell verkrustet und wirtschaftlich kraftlos. In der anschließenden Diskussion, moderiert vom Chefredakteur der „Neuen Westfälischen“, Thomas Seim, sagt Wüst, die Zeiten andauernden koalitionsinternen Streits müssten nun zu Ende sein. Am Tag darauf berichten alle Leitmedien des Landes über den Unternehmertag.

Mitte Juni stellt Kirchhoff eine im Auftrag von unternehmer nrw vom Institut der deutschen Wirtschaft erstellte Regional-Studie vor. Im Vorfeld der im September stattfindenden Kommunalwahlen legt das Institut ein Kommunal-Ranking vor. Ein Ergebnis: Gerade strukturschwache Regionen können von einer klugen und wirtschaftsfreundlichen Kommunalpolitik profitieren – so der Ausweis des sogenannten Dynamik-Rankings.

Debatte über den Mindestlohn

Der Auftritt vor der Landespresskonferenz ist der Auftakt einer bis zur Kommunalwahl im September flächendeckend von den Verbänden in NRW geführten wirtschaftspolitischen Debatte, über die regelmäßig Medien in ganz NRW berichten.

In einem Interview mit dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ Ende Juni bezeichnet Hauptgeschäftsführer Johannes Pöttering die von der SPD geforderten 15 Euro Mindestlohn als „vollkommen wirklichkeitsfremd“. Ein Mindestlohn in dieser Höhe sei angesichts der anhaltend schwierigen Wirtschaftslage unverantwortlich, für viele Branchen nicht tragbar und werde dazu führen, dass sich viele Dienstleistungen in Deutschland nicht mehr rechneten. Die erneute politische Einmischung gefährde die Unabhängigkeit der Mindestlohn-Kommission.

Zwar kommen dann die 15 Euro nicht, doch die vereinbarten Zuwächse auf 13,90 Euro ab 2026 und 14,60 Euro ab 2027 bezeichnet Präsident Arndt G. Kirchhoff in einer Stellungnahme als „sehr schmerzhaft und für viele Branchen eindeutig zu hoch“. Außerdem kritisiert er, dass die Lohnzuwächse einmal mehr in bestehende Tarifverträge eingreifen und damit die Tarifbindung zwangsläufig schwächen.

Der Zollstreit mit den USA wirft grundsätzliche Fragen auf

In einem Gastkommentar für das „Handelsblatt“ warnt Präsident Kirchhoff ebenfalls im Juni vor einer Eskalation im Zollstreit mit den USA. Es stehe viel auf dem Spiel – für Europa und die USA gleichermaßen. Der Ärger über Donald Trumps erratische Zollpolitik sei zwar berechtigt, allerdings habe Europa das Thema Handel zu lange vernachlässigt und die Partnerschaft mit den USA vielleicht als zu selbstverständlich angesehen.

Kirchhoff ist auch Mitglied einer hochrangigen Wirtschaftsdelegation des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Hendrik Wüst, die Anfang Juli nach Brüssel reist, um mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen über die Wirtschaftspolitik der EU-Kommission zu sprechen.

Kirchhoff betont dabei, so schreibt die „Rheinische Post“, die EU müsse sich endlich vom jahrelangen Verzetteln im Klein-Klein verabschieden. Der NRW-Unternehmerpräsident fordert ein Mindset, das die Wettbewerbsfähigkeit der Standorte in den Vordergrund rückt.

In einem Gastbeitrag für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ setzt Kirchhoff Ende Juli gemeinsam mit Friederike Welter, der Präsidentin des Instituts für Mittelstandsforschung, einen wirtschaftspolitischen Impuls, wie sich der deutsche Mittelstand

3 FRAGEN ZUR SACHE

„Medien erwarten von uns schnelle Positionierung mit klaren Botschaften“

Hubertus Engemann
Geschäftsführer Kommunikation



Foto: unrw

Welche Erwartung haben die Medien an die Verbandskommunikation von unternehmer nrw?

Die Medien erwarten von uns in den zunehmend komplexeren und oft aufgeregt geführten wirtschafts- und sozialpolitischen Debatten eine schnelle Positionierung mit klaren und verständlichen Botschaften. Das ist übrigens auch unser eigener Anspruch an uns selbst. Dazu gehört parallel eine professionelle Social-Media-Kommunikation.

Wie hat sich diese Erwartung in den vergangenen Jahren verändert?

Die klassischen Medien stehen im Wettbewerb untereinander – insbesondere getrieben durch Social Media – unter massivem Konkurrenzdruck. Ich habe den Eindruck, dass sich dadurch in den Medienhäusern zuletzt der Wunsch nach Exklusivität noch einmal deutlich verstärkt hat. Darauf versuchen wir uns einzustellen. Mal ein Beispiel: Die klassische Presseerklärung an einen möglichst breiten Presseverteiler war früher ein Kerninstrument von Kommunikation. Auch wenn sie nach wie vor zum Werkzeugkasten gehört, ist ihre Bedeutung geringer geworden.

Welche Themen werden Sie 2026 beschäftigen?

Wir werden all die gesellschaftspolitisch relevanten Debatten, die für unsere Unternehmen in Nordrhein-Westfalen von Bedeutung sind, substantiell führen, wenn erforderlich anstoßen und gewohnt deutlich kommentieren. Ziel ist, dass die berechtigten Anliegen unserer Unternehmen durch uns eine wahrnehmbare Stimme erhalten und sie am Wirtschafts- und Industriestandort NRW eine Zukunft haben. Ohne wettbewerbsfähige Standortbedingungen wird das nicht gelingen. Deshalb werden wir den Diskurs vor allem in der Sozialpolitik, der Steuerpolitik, der Energiepolitik und beim Thema Bürokratieabbau vorantreiben. Das alles konstruktiv und lösungsorientiert – und, wenn es hilft, auch schlagzeilenträchtig.

aus dem Zangengriff von China und den USA befreien kann. Die beiden Autoren fordern die EU auf, große Anstrengungen etwa bei der Vereinbarung von Freihandelsabkommen mit anderen Regionen der Erde zu unternehmen.

US-Zollpolitik im ARD-„Morgenmagazin“

Als sich die EU Ende Juli mit den USA auf einen Basis-Zollsatz von 15 Prozent auf die meisten EU-Importe einigt, betont Kirchhoff gegenüber zahlreichen NRW-Medien, das Abkommen sei wahrlich kein Grund zum Jubeln. Die Zölle seien – auch wenn andere Größenordnungen abgewendet werden konnten – eine massive Belastung im transatlantischen Handel.

Anfang August ist Kirchhoff im ARD-„Morgenmagazin“ zu Gast. Auch hier ist die Zollpolitik des amerikanischen Präsidenten das bestimmende Thema. Umso wichtiger sei es jetzt, so der NRW-Unternehmerpräsident, dass „die EU jetzt die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Standorte konsequent in den Mittelpunkt ihrer Wirtschaftspolitik stellt“.

Vorstoß zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit

Ebenfalls im August ist Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche zu Gast am Iserlohner Standort von Kirchhoff Automotive. Sie wird begleitet von einem Tross von Journalisten überregionaler Medien. „Der Spiegel“ zitiert Kirchhoff, als er die Ministerin für ihren Vorstoß lobt, Deutschland müsse eine Debatte über eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit führen.

Angesichts der demografischen Entwicklung sei dies völlig richtig. Und „Bild“ schreibt: „Wir werden nur mit mehr Arbeit unsere Ziele erreichen. Alle anderen Diskussionen gehen an der Realität vorbei.“



61 %

der Menschen zwischen 16 und 74 Jahren in NRW waren in den letzten drei Monaten täglich oder fast täglich auf Social Media.

Quelle: IT.NRW, Januar 2026

Anfang September ist Arndt Kirchhoff zu einem Redaktionsbesuch bei der „WAZ“ in Essen eingeladen. Das Interview, das auch in anderen Titeln der FUNKE-Mediengruppe in NRW erscheint, ist eine Tour d’Horizon durch alle aktuellen wirtschafts- und sozialpolitischen Themen: die Zollpolitik von Donald Trump, den strukturellen Reformbedarf insbesondere in den sozialen Sicherungssystemen, das Sondervermögen, die Energiepolitik, den Bürokratieabbau und die Verkehrspolitik.

Als im Oktober die Debatte über die Aktivrente losbricht, sagt Hauptgeschäftsführer Johannes Pöttering der „Rheinischen Post“, er verstehe ja, dass die Politik Anreize für eine Weiterbeschäftigung Älterer setzen wolle. Wirksamer für den Arbeitsmarkt und zugleich günstiger für Steuer- und Beitragszahler wäre aber die Abschaffung von Frühverrentungsanreizen aus der abschlagsfreien Rente für besonders langjährig Versicherte. Zu diesem Thema spricht er auch Interview mit dem WDR 5-„Morgenecho“.

Plädoyer auf WDR 5 für eine bessere Berufsorientierung

Das „Morgenecho“ auf WDR 5 interviewt Ende Oktober anlässlich der Nacht der Industrie die stellvertretende Hauptgeschäftsführerin Tanja Nackmayr. Thema ist, wie die Nachwuchsgewinnung für Unternehmen verbessert werden kann. Nackmayr plädiert insbesondere für eine besse-

re Berufsorientierung beim Übergang von Schule in den Beruf.

Weil die Krankenkassenbeiträge auf 20 Prozent zu steigen drohen, fordert Johannes Pöttering im November in der „Rheinischen Post“ eine grundlegende Gesundheitsreform. Unter anderem hält er eine Debatte über die Abschaffung der beitragsfreien Mitversicherung von Ehepartnern außerhalb der Elternzeit für erforderlich. In einem sozialpolitischen Interview mit der „Neuen Westfälischen“ in Bielefeld Ende November drängt Pöttering ein weiteres Mal auf eine längere Lebensarbeitszeit. Wenn die Lebenserwartung um ein Jahr steige, sollte parallel auch das Renteneintrittsalter angepasst werden. Gleichzeitig sollten die Programme zur Frühverrentung abgeschafft werden. Weil 260.000 Menschen im Jahr frühzeitig ohne Abschläge in Rente gingen, kostete dies den Staat mehr als 13 Milliarden Euro.

Klare Positionierung: Keine Zusammenarbeit mit der AfD

Als im November durch den Verband der Familienunternehmer die Debatte über das Verhältnis von Wirtschaft und AfD wieder auflebt, positioniert sich Johannes Pöttering in der „Rheinischen Post“ eindeutig: „Eine inhaltlich konstruktive Zusammenarbeit mit dieser Partei ist nicht möglich. Große Teile der AfD haben Demokratie gefährdende Grundüberzeugungen und stellen sich in zentralen Fragen gegen unsere Werte der Freiheit, der Viel-

falt, der Rechtstaatlichkeit und der Sozialen Marktwirtschaft.“

Anfang Dezember ist Präsident Arndt G. Kirchhoff mit dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ zum Interview verabredet. Die Themen: die wirtschaftspolitischen Standortbedingungen in Deutschland, die allgemeine Wirtschaftslage, der Reformbedarf bei den Sozialsystemen, die Zollpolitik der USA – und die ersten Amtshandlungen des neuen Kölner Oberbürgermeisters.

Faktor Arbeit nicht weiter verteuern

Das in NRW von der Landesregierung auf den Weg gebrachte Tarifentgeltssicherungsgesetz bezeichnet Johannes Pöttering gegenüber der „WAZ“, dem WDR und der „Neuen Westfälischen“ als „bürokratische Symbolpolitik zur Unzeit“. Mit staatlich verordnetem Tarifzwang stärke niemand Tarifbindung, sondern schaffe nur neue Bürokratie und bremse die öffentliche Vergabe.

In der jährlichen gemeinsamen Pressekonzferenz mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit und

dem DGB betont Arndt Kirchhoff, ein drittes Jahr ohne Wachstum, in manchen Branchen erhebliche Produktionseinbrüche sowie dazu rekordverdächtige Insolvenzzahlen hinterließen inzwischen auch sichtbare Spuren auf dem Arbeitsmarkt. Der Präsident mahnt einmal mehr grundlegende Reformen der Sozialsysteme an, um den Faktor Arbeit nicht noch teurer zu machen.

Zu Jahresbeginn viele Aufmacher in der Presse

In seinem traditionellen Interview zum Jahreswechsel mit der „Westfalenpost“ wirbt Präsident Kirchhoff einmal mehr für eine ehrliche Debatte über die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und spricht über die zunehmende Ungeduld der Unternehmen, die angesichts der schwierigen Wirtschaftslage dringend auf Entlastungen hoffen.

Sozial- und arbeitsmarktpolitische Themen beherrschen auch die Schlagzeilen der Medien zu Jahresbeginn 2026. Insbesondere die „Rheinische Post“ stellt sie immer wieder in den Mittelpunkt ihrer Be-

richterstattung. Und so äußern sich Kirchhoff und Pöttering – oft im Titel-Aufmacher – zum Fehlanreiz der telefonischen Krankschreibung, zum hohen Krankenstand in der Wirtschaft, zur schwieriger werdenden Job-Suche für Ungelernte, zur Debatte über Teilzeitbeschäftigung sowie in der Kontroverse über Mini-Jobs.

Strukturreformen: Endlich voranbringen statt aufschieben

Die traditionelle Aschermittwochs-Presserkonferenz nutzt Kirchhoff zu einer eindringlichen Mahnung an die Politik in Brüssel, Berlin und Düsseldorf. Angesichts der schwersten Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik dürfe man keine Zeit mehr verlieren, um endlich tiefgreifende Strukturreformen zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschafts- und Industriestandorte auf den Weg zu bringen. Die NRW-weite Berichterstattung anderntags sorgt dafür, dass die Botschaften des Präsidenten auch gelesen, gehört und gesehen werden.





Zu Gast bei Michael Bröcker und table.media in Berlin



In der LPK bei der Vorstellung des IW-Kommunalrankings



O-Ton für WDR- „Westpol“



Redaktionsbesuch bei der „WAZ“



Reinhard Tweer
Gießerei Reinhard Tweer

Vorstandsmitglied Reinhard Tweer
im ARD-„Morgenmagazin“



Im Interview mit dem „Kölner Stadt-Anzeiger“



Im Interview mit der „Neuen Westfälischen“



Podcast mit dem Journalisten Dr. Hajo Schumacher



Im Interview mit dem „Kölner Stadtanzeiger“



Aschermittwochs-Pressesgespräch

Fotos: unternehmer nrw



Zukunftsbildung gemeinsam gestalten

- > Roadshow zur Teilqualifizierung
- > Innovative Weiterbildungsangebote für Führungskräfte
- > KI- und MINT-Kompetenzen stärken



Foto: Meyer

Jahrestagung SCHULEWIRTSCHAFT NRW, November 2025

Das Bildungswerk der Nordrhein-Westfälischen Wirtschaft e. V. (BWNRW) unterstützt Unternehmen und Verbände mit Qualifizierungsangeboten, Projekten und Netzwerkaktivitäten, um ihre Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit durch zukunftsorientierte Bildung zu stärken. Dies gelingt nur auf der Grundlage gemeinsamer Anstrengungen vieler Akteure entlang der gesamten Bildungskette. Wichtig sind vor allem

- die gemeinsame Verantwortung von Schule, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft
- die frühe Förderung zentraler Kompetenzen aus den Themenfeldern MINT, Future Skills und KI
- praxisnahe Qualifizierungsformate für eine moderne Arbeitswelt, einschließlich gezielter Unterstützung für gering qualifizierte Beschäftigte.

„MINT mit PEP!“ gestartet

Das Portfolio „MINT mit PEP“ motiviert Schulen, praxisnahe MINT-Angebote umzusetzen. Es unterstützt junge Menschen dabei, ihre MINT-Talente zu entdecken und über die Schulzeit hinweg zu dokumentieren. Auch für Bewerbungsverfahren werden praktische Erfahrungen so besser sichtbar. Ausbildungsbetriebe und Lehrkräfte erhalten damit einen besseren Einblick, um Nachwuchstalente frühzeitig zu fördern.

Entwickelt wurde „MINT mit PEP“ gemeinsam von engagierten Lehrkräften aus dem Netzwerk MINT SCHULE NRW und Ausbildungsbetrieben von SCHULEWIRTSCHAFT NRW. Das Projekt wurde vom Schulministerium NRW gefördert und fachlich begleitet.

„Eine TQ besser!“ – Teilqualifizierung als Erfolgsmodell

Dass die Teilqualifizierungen der Arbeitgeberinitiative „Eine TQ besser!“ einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs leisten können, zeigte die gemeinsame Roadshow des Projekts „ETAPP“ von BWNRW und unternehmer nrw im November 2025. Rund 60 Teilnehmende aus Wirtschaft, Verbänden, Kammern, Gewerkschaften, Bildungsträgern und Arbeitsverwaltung verfolgten das Programm, moderiert von Timm Helten-Hildwein:

- Ulrike Weber (FAW) gab einen Überblick über TQ als Instrument der Fachkräftesicherung.
- Stefan Kulozik (MAGS NRW), Ilham Karrouch (BA NRW) und

Dr. Peter Janßen diskutierten, wie die abschlussorientierte TQ im Rahmen der Fachkräfteoffensive NRW weiter gestärkt werden kann.

- Andreas Weber (FAW) und Dirk Hoffmann (REWE Group) präsentierten Praxisbeispiele und Einblicke in das aktuelle TQ-Projekt bei REWE.

Zukunft gemeinsam gestalten: Agentur T NRW 2.0

Wie können Unternehmen der M+E-Industrie die großen Transformationsaufgaben bewältigen – und welche Unterstützung bietet die Agentur T NRW? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Beiratssitzung im September 2025. Johannes Pöttering, Hauptgeschäftsführer von unternehmer nrw, und Knut Giesler, Bezirksleiter IG Metall NRW, begrüßten dazu Staatssekretär Matthias Heidmeier aus dem NRW-Arbeitsministerium (MAGS). Gemeinsam mit dem Projektteam blickte der Beirat auf die bisherigen Aktivitäten zurück und diskutierte zukünftige Schwerpunkte.

Klar wurde: Der sozialpartnerschaftliche Ansatz ist ein Erfolgsfaktor. Die 2024 gemeinsam von IG Metall NRW und METALL NRW gegründete Agen-



Foto: Meyer

Roadshow von „ETAPP“: Teilnehmende aus Wirtschaft, Verbänden, Kammern, Gewerkschaften, Bildungsträgern und Verwaltung.

tur konnte 2026 mit einem neuen Projekt nahtlos an die Erfahrungen des Pilotprojekts anknüpfen. Ziel bleibt, M+E-Betriebe bei Qualifizierungs-, Beratungs- und Förderangeboten zu unterstützen. Auch das neue Projekt wird durch das MAGS gefördert.

„Alles mit Zukunft“ – Feierstunde MINT SCHULE NRW bei Siemens

Holger Bentler, Vorsitzender des BWNRW und Ausbildungsleiter West/Süd-West bei Siemens, begrüßte im Juli 2025 rund 90 Gäste zur Feierstunde MINT SCHULE NRW. Die Veranstaltung bot spannende Einblicke in

den Siemens-Ausbildungsbereich und bildete den würdigen Rahmen für die Auszeichnung von 21 (re-)zertifizierten MINT-Schulen.

Das Leitmotiv „Alles mit Zukunft“ steht sowohl für die Ausbildung bei Siemens als auch für das MINT-Profil der prämierten Haupt-, Real-, Gesamt- und Sekundarschulen. Gemeinsam mit Dr. Urban Mauer, Staatssekretär im Schulministerium NRW, übergab Bentler die Plaketten und Urkunden. Dr. Mauer betonte die langjährige gute Zusammenarbeit zwischen Ministerium und Bildungswerk der Nordrhein-Westfälischen Wirtschaft und dankte den Arbeitgeberverbänden für ihr nachhaltiges Engagement in der MINT-Bildung.



Foto: bwnrw

Gemeinsamer Austausch: Beiratssitzung der Agentur T NRW 2.0.



Foto: bwnrw

(Re-)Zertifizierungsfeiern der MINT-Schulen im Beisein von Dr. Urban Mauer, Staatssekretär im Schulministerium NRW (r.).

Projekt ZenaB: Neue Reihe „Fokus Fachkräfte“

Im Februar 2026 startete die Online-Reihe „Fokus Fachkräfte“ des Projekts ZenaB. Die Veranstaltungen bieten praxisnahe Impulse, wie Unternehmen ungenutzte Potenziale ihrer Beschäftigten erschließen können – etwa durch Jobcoaching, Sensibilisierung für psychische Belastungen oder digitale Grundbildung. Unternehmen erhalten konkrete Ansätze, um insbesondere gering qualifizierte Mitarbeitende sowie Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen gezielt zu fördern und langfristig zu binden. ZenaB wird vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und vom Europäischen Sozialfonds Plus gefördert.

Innovative Weiterbildungsangebote – wirksam, wirtschaftlich, alltagstauglich

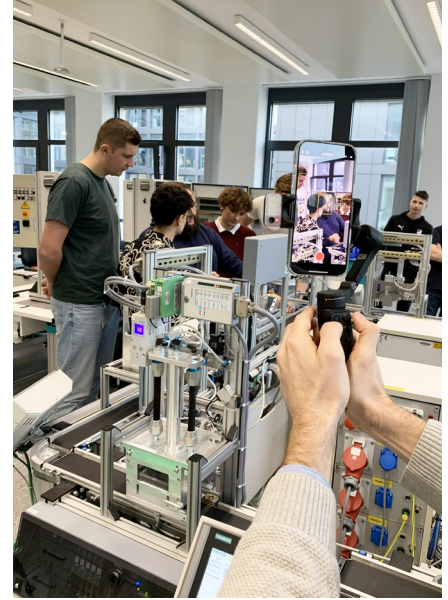
Das BWNRW steht für praxisnahe und innovative Weiterbildung. Es unterstützt Unternehmen bei der Entwicklung ihrer Führungskräfte, die Führung wirksam, wirtschaftlich und alltagstauglich gestalten müssen. Im Mittelpunkt stehen reale betriebliche Herausforderungen: Führung unter Zeitdruck, steigende Anforderungen an Sicherheit und Qualität sowie der professionelle Umgang mit belasteten Mitarbeitenden. Zwei neue Seminare greifen diese Themen auf:

- **„Souverän führen im Produktionsalltag“**

Das Seminar richtet sich an Führungskräfte im Produktionsumfeld, die operative Verantwortung und Führung verbinden müssen. Ein Schwerpunkt liegt auf der Kommunikation im Produktionsalltag – etwa klaren Anweisungen, einem reibungslosen Informationsfluss sowie wirksamen Feedbackmethoden unter Zeit- und Sicherheitsdruck.



Lob für das Projekt:
ZenaB hilft dabei,
Potenziale zu entfalten.



NETZWERK Q 4.0: Fotoshooting bei Siemens.



Vorstellung „MINT mit PEPI“ und Netzwerk Q4.0.

- **„Gesprächsführung mit psychisch erkrankten Mitarbeitenden“**

Psychische Belastungen zählen heute zu zentralen Leistungs- und Risikofaktoren. Das Seminar vermittelt ein erprobtes Kommunikationstool, mit dem Führungskräfte psychische Auffälligkeiten frühzeitig erkennen und einordnen können und Gespräche strukturiert, wertschätzend und rechtssicher führen.

Mit der Reihe **„Recht International“** vermittelt das BWNRW zudem aktuelles, praxisorientiertes Wissen zu arbeitsrechtlichen Entwicklungen wichtiger Handelspartner, von der Gestaltung von Arbeitsverhältnissen bis hin zur risikominimierenden Beendigung.

NETZWERK Q 4.0: Ausbildung im digitalen Wandel

Das NETZWERK Q 4.0, ein Projekt des Instituts der deutschen Wirtschaft und der Bildungswerke der Wirtschaft, stärkt das Berufsbildungspersonal im digitalen Wandel mit praxisnahen Qualifizierungs- und Beratungsangeboten. 2026 beginnt eine neue Projektphase verbunden mit einem Marken-Relaunch, um die Angebote für Unternehmen noch sichtbarer zu machen.

Die enge Verbindung von BWNRW und betrieblicher Ausbildung in diesem Projekt zeigt sich unter anderem in der Kooperation mit Siemens. Gemeinsam entstand 2025 ein vielbeachteter Impulsvortrag zu modernem Recruiting über Social Media.

Zudem ermöglichte Siemens ein Fotoshooting in der Lehrwerkstatt, das Einblicke in eine moderne Ausbildungsrealität gab.

Mit Workshops – etwa zur Entwicklung von Chatbots – und Beratungsformaten unterstützt das Netzwerk die Integration von KI in den Ausbildungsalltag. Ende 2025 startete das Netzwerk eine Kampagne, die Entscheider als Fürsprecher für die Ausbildung in den Mittelpunkt stellt.

Hochrangige Gäste bei der Jahrestagung SCHULEWIRTSCHAFT NRW

Unter dem Motto „Zukunftsorientierte Bildung gemeinsam gestalten“ kamen im November 2025 rund 120 Vertreter aus Wirtschaft, Schule und Politik in Düsseldorf zusammen. BWNRW-Vorsitzender Holger Bentler begrüßte drei prominente Gäste: NRW-Schulministerin Dorothee Feller, unternehmer nrw-Präsident Arndt Kirchhoff und Prof. Dr. Axel Plünnecke vom Institut der deutschen Wirtschaft.

Die Tagung unterstrich, wie wichtig gute Zusammenarbeit für eine starke Bildungslandschaft ist. Zentrale Erkenntnisse waren:

- Future Skills sind Gegenwarts Kompetenzen: Basale, soziale, digitale und technologische Fähigkeiten müssen gestärkt werden.
- MINT früh fördern: Angebote wie MINIPHÄNOMENTA oder „MINT-Kinder-Welt“ ermöglichen spielerische Zugänge.
- Berufliche Orientierung braucht Praxis: Schulen und Betriebe müssen eng vernetzt sein.
- KI-Kompetenz wird zur Schlüsselqualifikation: Das BWNRW entwickelt deshalb mit starken Partnern hochwertige KI-Bildungsangebote.
- Ein Rundgang und verschiedene Austauschformate zeigten, wie vielfältig Future Skills, MINT und KI bereits im Bildungsalltag verankert sind.

Verbände fördern Unternehmergeist: JUNIOR Landeswettbewerb

Der JUNIOR Landeswettbewerb im April 2025 zeigte erneut, dass Schülerfirmen wirtschaftliche Kompetenzen wie Teamarbeit, Kommunikation, Kreativität und Selbstwirksamkeit stärken. Das Team „Scensational“ vom Otto-Pankok-Gymnasium Mülheim an der Ruhr gewann den Wettbewerb und qualifizierte sich für den Bundesentscheid. Platz zwei belegte „Pearl it“ vom Berufskolleg Viersen, gefolgt von „l'art de verre“ (Friedrich-List-Berufskolleg Herford) und „KS company“ (Sekundarschule Nordeifel).

In seinem Grußwort betonte unternehmer-nrw-Hauptgeschäftsführer Johannes Pöttering, dass die gemeinsame Entwicklung eines Geschäftsmodells junge Menschen für wirtschaftliches Denken begeistere. Zahlreiche Mitgliedsverbände unterstützten den Wettbewerb.

Mittelstand im Fokus: KI- Kompetenz praxisnah stärken

Das Zukunftszentrum KI NRW unterstützt kleine und mittlere Unternehmen (KMU) mit praxisnaher Beratung und Weiterbildung zu künstlicher Intelligenz. Ziel ist es, KI-Potenziale für Arbeits- und Geschäftsprozesse sichtbar zu machen, Fachkräfte zu qualifizieren und eine menschenzentrierte, wettbewerbsfähige KI-Nutzung zu fördern.

Ein Höhepunkt 2025 war die Halbzeitkonferenz „Mittelstand goes KI“ in Düsseldorf mit rund 300 Teilnehmenden aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft. Die Veranstaltung diente als Plattform für Austausch, Vernetzung und praxisnahe Impulse. Ergänzend bot das BWNRW erneut Workshops und Beratungen an, darunter ein Praxisworkshop zur EU-KI-Verordnung, der Unternehmen bei der rechtssicheren Einführung von KI unterstützte.



„Scensational“, die Gewinner-Firma des Landeswettbewerbs JUNIOR.



Teilnehmende der Konferenz „Mittelstand goes KI“

Foto: ZUZ KI NRW

unternehmer nrw ist vertreten

in der Gerichtsbarkeit, in der sozialen Selbstverwaltung und in Gremien weiterer Institutionen



Präsidium

EHRENPRÄSIDENT

Horst-Werner Maier-Hunke

PRÄSIDENT

Dipl.-Wirtsch.-Ing. Arndt G. Kirchoff

Vorsitzender des Aufsichtsrats
der KIRCHHOFF Gruppe

VIZEPRÄSIDENTEN

Dipl.-Ing. Horst Gabriel

Geschäftsf. Gesellschafter
Ernst Ludwig Emde GmbH

Dr. Margarete Haase

Vorsitzende kölnmetall

Dr. Raymund Heiliger

Geschäftsführer
Vygon GmbH & Co. KG

Dipl.-Ök. Michael Kalthoff

Mitglied des Vorstands
RAG Aktiengesellschaft

Dipl.-Ing. Hans Christian Leonhards

Jakob Leonhards Söhne GmbH & Co. KG

Rüdiger Otto

Geschäftsführer
A. Otto & Söhne GmbH & Co. KG

Volker Schlinge

Mitglied der Geschäftsführung
und Arbeitsdirektor
METRO Deutschland GmbH

Dr. Dirk Spenner

Geschäftsf. Gesellschafter
Spenner GmbH & Co. KG

Thomas Wessel

Mitglied des Vorstands
Evonik Industries AG

Weitere Vorstandsmitglieder

Claudia Autenrieb

Dipl.-Ing. ETH Axel E. Barten

Holger Bentler

Dr. Daniel Böllhoff

Dipl.-oec. Hans-Peter Breker

Thomas Buschmann

Friedrich Danne

Markus-Peter Dürkes

Arndt Dung

Dr. Patrick Giefers

Dr. Marcel Kaiser

Christoph Kappenhagen

Sven Kramer

Martin Krengel

M.Sc. Ralf Kuhnert (Schatzmeister)

Dipl.-Ing. Dipl.-Kfm. Ralf Langerbein

Katharina Van Meenen-Röhrig, MBA

Dr. Hans Moormann

Christian Muckenhaupt

Dr. Paul Páez-Maletz

Dipl.-Kfm. Otto Plum

Johannes Pöttering

Philipp Schlüter

Oliver Schoeller

Thomas Schulz

Ralf Schwartz

Dr. Heinrich Spies

Dipl.-Ing. Dipl.-Wirt.-Ing. Daniel Strücker

Dipl.-Ing. Reinhard Tweer

Dr. Frank Weigand

Geschäftsstellen

unternehmer nrw

Landesvereinigung der
Unternehmensverbände
Nordrhein-Westfalen e.V.
Uerdinger Str. 58-62
40474 Düsseldorf
Tel.: 0211 4573-0
E-Mail: info@unternehmer.nrw
www.unternehmer.nrw

Büro Brüssel

Rue Marie de Bourgogne 58
B-1000 Brussels
Tel.: +32 2792-1054

REGIONALE VERBINDUNGSSTELLE VON UNTERNEHMER NRW BEI DEN BEZIRKSREGIERUNGEN:

Regionale Verbindungsstelle Arnberg

Unternehmensverband
Westfalen Mitte e.V.
Arnberg/Hamm
Goethestraße 28
59755 Arnberg
Tel.: 02932 9718-0 / Fax: 02932 9718-12
E-Mail: info@uvwm.de
www.uvwm.de

Regionale Verbindungsstelle Detmold

Arbeitgeberverband Lippe e.V.
Ernest-Solvay-Weg 2
32760 Detmold
Tel.: 05231 9385-0 / Fax: 05231 9385-20
E-Mail: info@agv-lippe.de
www.agv-lippe.de

Regionale Verbindungsstelle Düsseldorf

Unternehmerschaft Düsseldorf und
Umgebung e.V.
Achenbachstraße 28
40237 Düsseldorf
Tel.: 0211 66908-0 / Fax: 0211 66908-30
E-Mail: service@unternehmerschaft.de
www.unternehmerschaft.de

Regionale Verbindungsstelle Köln

kölnmetall
Arbeitgeberverband der
Metall- und Elektroindustrie Köln e.V.
Gereonstraße 43-65
50670 Köln
Tel.: 0221 57904-0 / Fax: 0221 57904-22
E-Mail: verband@koelnmetall.de
www.koelnmetall.de

Regionale Verbindungsstelle Münster

Verband Münsterländischer
Metallindustrieller e.V.
Haus Sentmaring 7
48151 Münster
Tel.: 0251 237788-0 / Fax: 0251 237788-9
E-Mail: vmm@vmm-muenster.de
www.vmm-muenster.de

Impressum

Herausgeber:
unternehmer nrw
Landesvereinigung der Unternehmensverbände
Nordrhein-Westfalen e. V.
© 2026

Redaktion: Christine Ehrig (Projektleitung),
Hubertus Engemann

Redaktionsschluss: 14. April 2026

Gestaltung und Produktion: IW Medien, Köln · Berlin

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Titelfoto: Andreas Gruhl – stock.adobe.com | Composing:
IW Medien

Diese Publikation steht auch auf der Internetseite
www.unternehmer.nrw zum Download bereit.



natureOffice.com/DE-229-PFQHESP

Hauptgeschäftsführung

Hauptgeschäftsführer
RA Johannes Pöttering
0211 4573-250
poettering@unternehmer.nrw

Sekretariat
Gabriela Brodeßer
0211 4573-289
brodesser@unternehmer.nrw

Sabine Kogst
0211 4573-287
kogst@unternehmer.nrw

Mitglieder der Hauptgeschäftsführung

Dipl.-Pol. Tanja Nackmayr
Stellvertretende
Hauptgeschäftsführerin

RA Dr. Axel Borchard
RA Max Breick
Dipl.-Volksw. Hubertus Engemann

STABSSTELLE VOLKSWIRTSCHAFT / STATISTIK

Dr. Taiki Murai
0211 4573-260
murai@unternehmer.nrw

Sekretariat
Katja Schlak
0211 4573-252
schlak@unternehmer.nrw

Kontakt

unternehmer.nrw

Landesvereinigung der
Unternehmensverbände
Nordrhein-Westfalen e.V.
Uerdinger Straße 58–62
40474 Düsseldorf

0211 4573-0
info@unternehmer.nrw
www.unternehmer.nrw

Politik

GRUNDSATZFRAGEN

**Stellvertretende
Hauptgeschäftsführerin**
Dipl.-Pol. Tanja Nackmayr
0211 4573-259
nackmayr@unternehmer.nrw

WIRTSCHAFTS- UND UMWELTPOLITIK, UMWELTRECHT

Geschäftsführer (bis 15. März 2026)
Dipl.-Ök. Alexander Felsch

Geschäftsführer (seit 15. März 2026)
Ass. iur. Alexander Schüller
0211 4573-244
schueller@unternehmer.nrw

INTERNATIONALE SOZIALPOLITIK / EUROPA / LEITUNG BÜRO BRÜSSEL

Geschäftsführerin
RAin Isabelle Oster
0211 4573-238
oster@unternehmer.nrw

BILDUNGS- UND ARBEITSMARKTPOLITIK

Leitung
Dipl.-Päd. Timm Helten-Hildwein
0211 4573-251
helten-hildwein@unternehmer.nrw

Dipl.-Kffr. Claudia Dunschen
0211 4573-220
dunschen@unternehmer.nrw

Sekretariat
Gabriela Brodeßer
0211 4573-289
brodesser@unternehmer.nrw

Birgit Heidrich
0211 4573-234
heidrich@unternehmer.nrw

Sabine Kogst
0211 4573-287
kogst@unternehmer.nrw

Tarif

Geschäftsführer
RA Max Breick
Mitglied der Hauptgeschäftsführung
0211 4573-253
breick@unternehmer.nrw

Geschäftsführerin
Ass. iur. Anne Wiersberg
0211 4573-208
wiersberg@unternehmer.nrw

RAin Nicola Busch
0211 4573-207
busch@unternehmer.nrw

RAin Maja Lau
0211 4573-205
lau@unternehmer.nrw

Sekretariat
Sylke Kristen
0211 4573-254
kristen@unternehmer.nrw

Siber Oturmak
0211 4573-257
oturmak@unternehmer.nrw

ARBEITSWIRTSCHAFT / ARBEITS- UND GESUNDHEITSSCHUTZ

Verbandsingenieurin
Eva Geis
0211 4573-296
geis@unternehmer.nrw

Bildungswerk NRW

Dr. rer. oec. Peter Janßen
Geschäftsführer Bildungswerk der
Nordrhein-Westfälischen Wirtschaft
0211 4573-245
janssen@unternehmer.nrw

Dr. Heike Hunecke
Stellvertretende Geschäftsführerin /
Leitung Kompetenzfeld „SCHULE-
WIRTSCHAFT / Netzwerkaktivitäten“
0211 4573-239
hunecke@unternehmer.nrw

Lisa Vogelbruch M.Sc.
Mitglied der Geschäftsführung /
Leitung Kompetenzfeld „Berufliche
und Betriebliche Bildung /
Bildungsangebote“
0211 4573-242
vogelbruch@unternehmer.nrw

Dipl.-Kaufr. Suzana Rieke
Leitung Kompetenzfeld „Drittmittel-
finanzierte Modellprojekte“
0211 4573-224
rieke@unternehmer.nrw

Recht

Geschäftsführer

RA Dr. Axel Borchard
Mitglied der Hauptgeschäftsführung
0211 4573-249
borchard@unternehmer.nrw

Geschäftsführer

RA Walter Korte
0211 4573-271
korte@unternehmer.nrw

RAin Dr. Iris Arnold
0211 4573-267
arnold@unternehmer.nrw

RAin Mara Meyer
0211 4573-235
meyer@unternehmer.nrw

Sekretariat

Susanne Dürhager
0211 4573-204
duerhager@unternehmer.nrw

Sonja Niekämper
0211 4573-270
niekaemper@unternehmer.nrw

Jennifer Schlüpner
0211 4573-261
schluepner@unternehmer.nrw

Kommunikation

Geschäftsführer

Dipl.-Volksw. Hubertus Engemann
Mitglied der Hauptgeschäftsführung
0211 4573-233
engemann@unternehmer.nrw

Christine Ehrig M.A.
0211 4573-278
ehrig@unternehmer.nrw

Marcel Kauling M.A.
0211 4573-237
kauling@unternehmer.nrw

Sekretariat

Elisabeth Hück
0211 4573-232
hueck@unternehmer.nrw

Antje Kiwitz
0211 4573-230
kiwitz@unternehmer.nrw

Finanzen / Verwaltung / Personal

Geschäftsführer

Dipl.-Wirtsch.-Ing. Markus Ankel
0211 4573-288
ankel@unternehmer.nrw

Sandra Dahlmann
0211 4573-273
dahlmann@unternehmer.nrw

Dorothee Seising-Brackmann
0211 4573-272
seising-brackmann@unternehmer.nrw

IT-ORGANISATION

Viktor Junemann
0211 4573-282
junemann@unternehmer.nrw

Peter Schulte-Zurhausen
0211 4573-283
schulte-zurhausen@unternehmer.nrw

Kevin Wohlgemuth
0211 4573-281
wohlgemuth@unternehmer.nrw

EMPFANG

Sarah Anders
0211 4573-215
empfang@unternehmer.nrw

Sandra Plennies
0211 4573-215
empfang@unternehmer.nrw

Miriam Becker M.A.
0211 4573-229
becker@unternehmer.nrw

Markus Conradi
0211 4573-291
conradi@unternehmer.nrw

Adam Golik M.A.
0211 4573-269
golik@unternehmer.nrw

Ricarda Heßelmann
0211 4573-290
hesselmann@unternehmer.nrw

Anna-Lena Herjürgen M.A.
0211 4573-265
herjuergen@unternehmer.nrw

Roman Kehr
02371 8291-958
kehr@unternehmer.nrw

Elena Keuchel M.Sc.
0211 4573-217
keuchel@unternehmer.nrw

Uta Kressin
02371 8291-957
kressin@unternehmer.nrw

Silvia Maier M.A.
0211 4573-262
maier@unternehmer.nrw

Anne von Moers M.A.
0211 4573-277
vonmoers@unternehmer.nrw

Dr. Wasilios Rodoniklis
0211 4573-264
rodoniklis@unternehmer.nrw

Isabel Rother M.A.
0211 4573-240
rother@unternehmer.nrw

Melanie Sennert
0211 4573-247
sennert@unternehmer.nrw

Meike Tönnissen
0211 4573-217
toennissen@unternehmer.nrw

Isabelle Wanders M.A.
0211 4573-263
wanders@unternehmer.nrw

Christin Zimmermann
0211 4573-243
zimmermann@unternehmer.nrw

Sekretariat
Gabriele Pongratz
0211 4573-248
pongratz@unternehmer.nrw

Angela Schmidt
0211 4573-246
schmidt@unternehmer.nrw

Daniela Triestram
0211 4573-285
triestram@unternehmer.nrw

Christine Westerhuis
0211 4573-255
christine.westerhuis@unternehmer.nrw



Vor der NRW-Landesvertretung in Berlin

Neue Bundesregierung: Gespräche mit klarer Botschaft

Die Klausurtagung des Vorstands von unternehmer nrw fand im Oktober 2025 in Berlin zum Thema „Start der neuen Bundesregierung“ statt. In den zahlreichen Gesprächen mit der Politik war die Botschaft klar: Die Wirtschaftslage für die Unternehmen ist äußerst ernst, der Handlungsbedarf groß. Und: Die Weichen im Bund müssen endlich so gestellt werden, dass das Land wieder auf einen Wachstumspfad zurückkommt.



Mit Stormy-Annika Mildner,
Executive Director Aspen
Institute Germany



Mit Sandra Stein, Bundestags-
abgeordnete der GRÜNEN

Zusammen mit Staatsministerin Serap Güler wurde der Blick auf die Außenwirtschaftspolitik gerichtet. Im Austausch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Thomas Jarzombek ging es um konkrete Schritte für Staatsmodernisierung, Digitalisierung und Bürokratieabbau. Mit Bundestagsabgeordneten von CDU, SPD und GRÜNEN wurde über die dringend notwendigen Reformen diskutiert. Mit Christian Dürr, Vorsitzender der FDP, sprachen die Teilnehmer über die Schwerpunkte seiner Partei.



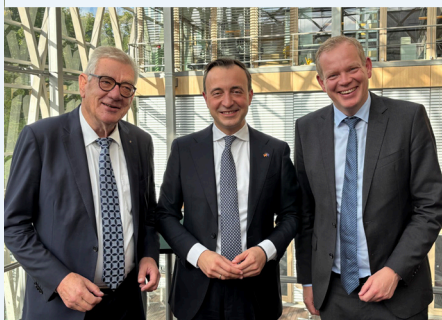
Abendessen mit Jan Tombinski,
Botschafter der Republik Polen
in Deutschland



Mit Matthias Roßbach, Bevollmächtigter
des Landes beim Bund und Leiter
der Landesvertretung NRW



Mit Christian Dürr, FDP-Bundesvorsitzender



Mit dem Bundestagsabgeordneten
Paul Ziemiak (CDU),
Generalsekretär der CDU NRW



Mit Serap Güler,
Staatsministerin im Auswärtigen Amt



Mit Kerstin Münstermann,
Mitglied der Chefredaktion und Leiterin
Parlamentsbüro Rheinische Post



Mit Tanja Gönner,
Hauptgeschäftsführerin des BDI



Mit Thomas Jarzombek, Staatssekretär
im Ministerium für Digitalisierung und
Staatsmodernisierung



Mit Oliver Kaczmarek, Sprecher
der Landesgruppe NRW in der SPD-
Bundestagsfraktion

Fotos: unternehmer nrw



Spitzengespräch Ausbildungskonsens



Board für Entlastung und Beschleunigung



Veranstaltung NRW.integrativ – Gemeinsam vor Ort: Teilhabe ermöglichen, Wege ebnen, Potenziale entfalten



Podium auf dem Unternehmertag Gütersloh



Geschäftsführerkonferenz mit Silke Krebs, Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie



Geschäftsführerkonferenz mit Marcel Hafke, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion NRW



Zukunftsdialog Industrie



Geschäftsführerkonferenz mit Markus Leßmann, Abteilungsleiter im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW



Sitzung Mittelstandsbeirat



Mit NRW-Unternehmern zu Besuch in der Frankfurter Börse mit Markus Gürne, ARD-Finanzredaktion



Paul Höller, Staatssekretär im NRW-Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie, beim Defense-Dialog-Forum



Sitzung Arbeitsmarktpolitischer Beirat



Veranstaltung „Umbrüche gestalten – evangelische Kirche und Unternehmen“ mit Präses Thorsten Latzel



Geschäftsführerkonferenz mit Dirk Günnewig, Staatssekretär im Finanzministerium

Fotos: unternehmer nrw, Mark Hermenau, MKJFG, Meyer, A. Bowinkelmann

